dpc

Einzelverkaufspreis dm 1.50 incl. 5,5% mwst.

República-solidarität s.9

Informations-Dienst

Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.95 4. 10. 1975

herausgeber :
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 9o
hamburger allee 45
tel. o611/7o4 352

postadresse :
6 frankfurt 9o
postfach 9oo3 43

postscheckkonto:
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 9o
nr. 52 52 28-6o2

verantwortlicher redakteur
f. kern

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel.44 56 13

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 39 12 67

Druck:Eigendruck

INLAND

FRANKFURT (ID) DIE LETZTEN STUNDEN VOR DER HINRICHTUNG
27. September

Dieser bericht von den spanischen journalisten Manuel Revuelta und Pedro Costa wurde als direktübertragung aus madrid von radio münchen am 27.9. um 19.45 uhr gesendet.

"Zwischen halb 9 und 10 uhr heute morgen haben fünf hinrichtungen in spanien stattgefunden. Über diejenige, die in burgos stattfand, gibt es nur wenig nachricht.

Weder die alte mutter, noch der anwalt von Angel Otaegui sind in die stadt gekommen, wo sich der sitz des generalkapitinats der 6. militärregion befindet. Es scheint, daß nur ein vetter von Angel Otaegui an den ort der hinrichtungen gekommen ist. Er hat aber bisher noch keinen kontakt mit irgendeinem journalisten aufgenommen. Angel Otaegui, 33 jahre, wurde durch erschießen hingerichtet, wie eine offizielle verlautbarung angibt, und das erschießungskommando wurde von angehörigen der guardia civil gebildet.

In Madrid fanden drei hinrichtungen statt. Der erste hingerichtete war Jose Humberto Baena Alonso, 24 jahre als, hingerichtet durch ein kommando von zehn angehörigen der Guardia Civil, der erschießung eines polizisten am vergangenen 14. Juli in Madrid überführt. 20 minuten später wurde Ramon Garcia Sanchez hingerichtet, 27 jahre alt, laut urteilsspruch hauptverantwortlicher für den tod des leutnants der Guardia Civil, Antonio Pose, der sich am vergangenen 16. August ereignete.

Schließlich, bereits nach zehn uhr morgens, erschoß ein neues kommando der bewaffneten polizei (Policia Armada) Jose Luis Sanchez Bravo, 21 jahre alt, angeklagt, verantwortlich für das komitee zu sein, das den tod des bereits erwähnten leutnants Pose verschuldet hat.

Die drei hinrichtungen fanden auf einem militärgelände statt, das in Hoyo de Manzanares liegt, im umkreis von Madrid. Ihnen konnten weder die anwälte, noch die verwandten der beschuldigten beiwohnen. Diese waren sehr standhaft, war die erklärung eines zeugen der hinrichtungen.

Gestern nachmittag wurden die drei in nebeneinanderliegende todeszellen gebracht, im unterirdischen bereich des gefängnisses von Carabanchel; die wände dort atmeten feuchtigkeit.

Sanchez Bravo wurde in der wartezeit von seiner mutter, seinem bruder und einer schwester begleitet. Als sie das gefängnis heute morgen um sieben uhr verließen, waren die dort anwesenden zeitungsleute erschrocken. Sie schrien unter schluchzen: "Sie werden ihn umbringen, sie werden ihn ohne scham herausrufen und sie werden ihn umbringen. Sie wollten uns schlagen und sie werden ihn umbringen."

Der leichnam von Sanchez Bravo wurde mit einer blauen hose und einem roten pullover bekleidet zum leichenhaus gebracht in erwartung seiner weiteren überführung nach Murcia, wo er beerdigt werden wird.

Der mechaniker Garcia Sanz wurde von keinem familienangehörigen besucht, da er nur einen entfernten verwandten in Tarrazona hat, der nicht kommen konnte. Er verbrachte die meiste zeit in der todeszelle damit, zusammen mit seinem kameraden Sanchez Bravo und dessen schwester revolutionäre lieder zu singen.

Die journalisten, die zum friedhof gekommen waren, waren stark beeindruckt von der blutlache , die sich unter dem sarg gebildet hatte, der den körper von Garcia Sanz enthielt, den man nicht erkennen konnte.

Jose Humberto Baena verbrachte die meiste zeit in der todeszelle damit, einen langen brief an seine eltern zu schreiben, die in Vigo wohnen. Er aß kaum während des letzten abendessens und verlangte mehrere glas milch. Gegen sieben uhr morgens kam seine schwester Baenas und sein vater aus Vigo an, der oberstleutnant des heeres im ruhestand ist. Das treffen war kurz. Der vater sagte zu ihm: "Dich werden sie töten, und du tötest deine mutter." Anscheinend leidet die mutter Baenas in den letzten wochen unter starken depressionen.

Völlig voneinander getrennt wurden die drei verurteilten zum ort der exekution nach Fulgones de Parados gebracht; jeder geleitet von drei jeeps: einer des heeres, einer der bewaffneten polizei und einer der Guardia Civil. Wir, die journalisten, konnten noch fünf kilometer vom ort des geschehens entfernt die gewehrsalven der exekution hören.

Auf dem friedhof war der sarg mit den sterblichen überresten des getöteten Baena geöffnet. Seine kleidung, eine blaue hose, ein weißes hemd und eine beige wolljacke, waren vollgesaugt mit blut.

Pünktlich um 8.35 uhr wurde der ETA-militante Juan Paredes Monot, bekannt als "Txiki", 23 jahre alt, in anwesenheit seiner zwei verteidiger und seines bruders Miquel, 23 jahre alt, von einem kommando der Guardia Civil erschossen. Die Exekution fand auf einem militärgelände statt, das durch den nordfriedhof von Barcelona abgeschützt ist, der in Moncada liegt.

Um 8.10 Uhr verabschiedete sich Txiki von seinem bruder Miquel und gab ihm ein bild seiner beiden kleinen brüder mit, auf das er einen satz von Che Guevara geschrieben hatte: "Morgen, wenn ich sterbe, will ich weder klagelieder noch tränen."

Während seines aufenthaltes in der todeszelle schrieb Txiki vor einem notar aus Barcelona sein testament, das im augenblick noch geheim ist und einen aufruf, der eine ganze seite einnimmt, in dem er fordert, daß sich genauso wie im Dezember 1970 das baskische volk und das ganze spanische volk erheben solle, um weitere hinrichtungen zu verhindern.

Miquel, mit dem er kaum eine stunde gesprochen hatte, und der sehr beeindruckt war von alldem, was er erlebt hatte, erklärte, daß sich sein bruder Txiki die ganze nacht sehr standhaft gezeigt habe, und daß er ständig mit den ihn umgebenden gescherzt habe: "Ich sterbe zufrieden," sagte er zu ihnen. "Wenn ich dort ankomme, dann werde ich euch schreiben, damit ihr nicht auch dorthin geht, falls es mir dort nicht gefällt."

Kurz bevor er das gefängnis "Modelo" verließ, sagte er, daß er gerne mit Antoni zusammensein würde, einem ETA-mitglied, das letzte woche bei einem schußwechsel in Barcelona starb. Miquel versprach ihm, daß man sie gemeinsam begraben würde und, lt. einer pressemitteilung, sagte Txiki : "Danke" und war dadurch sehr bestärkt.

Um 8.10 uhr wurden die beiden brüder getrennt und sahen sich später am ort der Exekution wieder und Miquel zeigt ihm das V-Victoriazeichen und Txiki lächelte. Danach fesselten sie ihm die hände auf den Rükken und Txiki schrie vor dem Erschießungskommando: "Aberri Aleiru" - "Ich sterbe für das vaterland", und danach: "Gora Euskadi Askatuta" - "Es lebe das freie baskenland". Als er die ersten strophen der baskischen hymne "Eusko Ubarriak" sang, erscholl die gewehrsalve.

Eines der mitglieder des erschießungkommandos sagte nach aussagen von zeugen: "Dieser wird nicht mehr schießen!"

Jetzt ruhen die körper von Txiki und Antoni gemeinsam, und im ganzen land hallt der letzte satz wider, den Baena vor dem Kriegsgericht das ihn zum tode verurteilte, rief: "Daß mein tod und unser aller tod der letzte sei, der durch ein militärgericht unter solchen umständen verursacht wurde!"

FRANKFURT (ID) "FRANCO MÖRDER"
30. September

Am freitag, dem 29. August wurden Garmendia und Otaegui zum tode verurteilt. In der nacht darauf wurden die scheiben des spanischen fremdenverkehrsamtes, des spanischen reisebüros MELIA und einer spanischen bank eingeworfen. Die presse unterdrückte die nachricht. Am nächsten tag fand eine demonstration statt, zu der ein komitee verschiedener gruppen aufgerufen hatte. Es kamen etwa 300 leute. Schon in den wochen davor hatten zahlreiche aktivitäten stattgefunden - flugblätter, resolutionen, stände, veranstaltungen, kundgebungen, klebe- und sprühaktionen, aber zunächst ohne große resonanz.

Freitag nacht (4. September) wurden die erwähnten schaufenster wieder eingeworfen. Bei der bank allerdings entstanden nur kleine löcher, es war panzerglas eingesetzt worden.

Am samstag, dem 5. September rief die FRAP, die sich an der ersten demonstration nicht beteiligt hatte, zu einer demonstration auf. Das komitee schloß sich an, es kamen etwa 10.000 leute, die ihre wut nicht nur mit sprechchören und transparenten ausdrückten, sondern auch in den parolen, die von kleinen gruppen gesprüht wurden.

Am montag kam doch noch eine notiz über die schaufenster in der presse: es seien einbrecher gefaßt worden, die auch jene aktion auf dem kerbholz hätten, völlig unpolitisch. Bis zum wochenende sollte die entscheidung über eine mögliche begnadigung fallen. Das komitee erreichte die unterschrift des oberbürgermeisters Rudi Arndt unter ein protesttelegramm und führte noch eine veranstaltung mit rund 60 leuten durch. Vor dem konsulat selbst organisierte Amnesty International einen hungerstreik. In das konsulat wurde immer nur eine person eingelassen, draußen war polizeischutz eingerichtet. Der anlaß soll eine bombendrohung gewesen sein.

Am samstag sahen beim spiel Eintracht - Mönchengladbach 50.000 zuschauer auf dem rasen des waldstadions in drei meter großen buchstaben geschrieben: FRANCO MÖRDER. In der sportschau sahen es zehn millionen, trotzdem berichtete die presse außer einer winzigen notiz in der FAZ nicht darüber (hingegen die spaniersendung im rundfunk). Als "tinte" hatte ein unkrautmittel gedient, in den nächsten zwei wochen wurde die schrift immer deutlicher.

Am nächsten morgen versammelten sich etwa 70 leute auf dem Römer. Ein paar kletterten auf das baugerüst, das gerade vor den altehrwürdigen häusern aufgebaut war und befestigten ein 15 meter langes transparent mit der aufschrift: Weg mit den todesurteilen in Spanien. Unten wurden inzwischen flugblätter verteilt. Nach zehn minuten kamen zwei streifenwagen, wollten personalien feststellen: vergeblich. Nach einer halben stunde kam verstärkung, die nun plötzlich 18 leute verhaftete - und zwar fernab vom ort des geschehens durch bullen in zivil, die "verdächtige" autos anhielten. Sieben genossen kamen erst am abend wieder raus, als nach einer wirkungslosen intervention durch einen rechtsanwalt oberbürgermeister Arndt sich einschaltete, den ein journalist auf die sache angesprochen hatte.

Am montag wurde dann auf der Internationalen Automobilausstellung der spanische stand trotz bewachung demoliert, es gab eine verhaftung. Die unterzeichnung der ersten todesurteile war noch immer in der schwebe, weitere kamen dazu. Bis zum freitag, dem 19. september, waren es zehn.

Am freitag um 14 uhr fand eine kundgebung der FRAP an der Konstablerwache statt, um halb fünf eine des komitees am Steinweg, von wo eine demo zum Hessischen Rundfunk zog, um eine resolution zu überreichen, die auch um 19 uhr gesendet wurde. Inzwischen hatten sich aber am späteren nachmittag rund 200 empörte bewohner Frankfurts zufällig im Westend getroffen, wo sie einen demonstrationszug bildeten. Zufällig lag am weg eine trinkhalle, wo sie bierflaschen und eine tankstelle, wo sie benzin erwerben konnten. Auch stießen sie auf eine holzhandlung sowie auf eine baustelle, weiter auf ein radiogeschäft und einen farbenladen. Als sie dann zufällig noch an das spanische konsulat gelangten, wollten sie ihrer spontanen empörung mit steinen und farbbeuteln ausdruck geben. 30 bullen, die dort planmäßig wache schoben, warfen sich ihnen heldenhaft entgegen, wurden aber durch Mollies gebremst, die zufällig gerade zwischen ihnen und den demonstranten in flammen aufgingen. Als welche sich in ihren mannschaftswagen setzen wollten, wurde das insofern schwierig, als der gerade ausbrannte. Also versuchten sie bei ihren vorgesetzten per funk unterstützung anzufordern. Zufällig waren aber gerade einige störungen im äther. Als das polizeipräsidium dann doch erreicht war, gestaltete sich der schutz des faschistischen konsulats weiterhin schwierig: waren doch die verfügbaren kräfte gerade zum schutz des Hessischen Rundfunks ausgesandt worden, und zufällig war wieder wellensalat im radio, als man umdisponieren wollte. Aber alles in allem gingen dadurch wohl doch nur ein paar minuten verloren, schlimmer war wahrscheinlich die hektik, die da entstand. Immerhin raste verstärkung mit sirene und blaulicht zum konsulat, aber leider aufgehalten durch einbahnstraßen, quergestellte autos, steinhagel, mollies. Nur langsam konnten sich die Franco-schützer reorganisieren, und als sie wieder fähig waren, planmäßig zu handeln, waren die zweihundert Frankfurter bürger schon bei ihren eigenen oder bei befreundeten familien im westend verschwunden.

Nach diesem angriff aufs konsulat kam es zu einem qualitativen sprung in der massenmobilisierung. Am nächsten tag zog ein demonstrationszug von 1.000 leuten durch Frankfurt, obschon keine flugblätter verteilt worden waren, es war klar: gegen den faschismus gibt es keine schranken der aktion. Die MCE, die organisation, die das spanische aktionskomitee dominiert, boykottierte diese wie die nächste demonstration, die bullen bewachten nun alle möglichen objekte.

In der nacht auf sonntag, den 28. 9., explodierte trotz bewachung ein sprengkörper bei der spanischen handelskammer am schaumainkai 83.

Donnerstag abend um acht uhr gingen plötzlich die glastür und die zwei schaufenster des schon erwähnten MELIA-reisebüros durch steinwürfe zu bruch, obschon ein streifenwagen mit zwei bullen davor stand.

In dieser woche wurde noch ein weiteres todesurteil verhängt, und am donnerstagabend wurde bekannt, daß fünf genossen noch in derselben nacht ermordet würden. Um 17 uhr hatte die KPD eine demonstration durchgeführt, um zehn uhr abends organisierte der KBW einen fackelzug zum konsulat, für den im lauf des tages mit flugblättern mobilisiert worden war. Im Volksbildungsheim fand zu der zeit eine MPLA-veranstaltung statt, aus der sich die anwesenden 800 leute der demonstration anschlossen. Am Opernplatz kam es zu scharmützeln mit den bullen, bis zum konsulat war die demo auf etwa 2.000 leute angewachsen. Inzwischen hatte die KPD mit etwa fünfzig genossen die Paulskirche besetzt. Die bullen räumten, am nächsten morgen waren die genossen noch im knast.

An diesem samstag, als in ganz Europa massenaktionen gegen das spanische mörderregime stattfanden, zogen in Frankfurt 4.000 bis 5.000 genossen durch die straßen, wobei jedermann daran gehindert wurde, die spanischen demonstranten zu fotografieren. Es war die größte lokale demonstration in Frankfurt seit der räumung der Bockenheimer-/Schumannstr.. Ursprünglich war sie als solidaritätsdemonstration für Portugal angesagt, aber jetzt wurde Portugal zum beispiel, daß der faschismus nicht mit protesten, sondern mit der macht der waffen gestürzt wird. "Zuerst Carrero Blanco und dann Francisco Franco", "Noch mehr attentate auf spaniens konsulate", "Bombas, dinamita, la ETA es la que pita". Eva Forest, Antonio Duran und all die andern müssen befreit werden!

HEINERZHAGEN (ID)
8. September

UNTERSCHRIFTEN GEGEN SPANISCHE TODESURTEILE

(Ein beispiel, wie man solidaritätsarbeit auch in der provinz machen kann). Nachdem am 29. September die todesurteile gegen die beiden basken Jose Garmendia und Angel Otaegui bekannt wurden, stellten ein paar sozialistische schüler spontan ein "Spanien-komitee gegen die todesurteile von Garmendia und Otaegui" zwecks weiterer aktionen auf die beine. Am Samstag und Sonntag sammelten wir vor den kirchen für die (humanitäre) forderung nach sofortiger aufhebung der todesurteile 450 unterschriften, am markttag weitere 150 unterschriften. Informiert wurden u.a. mit flugblättern und transparenten, vor und nach der aktion je ein leserbrief in der lokalzeitung. Am langen Samstag konnten wir in Hagen zusammen mit genossen von dort nochmals 600 unterschriften bekommen. Der erfolg der aktion bestand außer für die gruppe selbst vor allem in der mobilisierung für diese scheinbar humanitäre forderung, die durch ihre stoßrichtung aber schon zu einer politischen wurde. Denn gerade bei solchen internationalen kampagnen muß der (zumeist sowieso schwache) druck in der BRD soweit wie möglich auch in der "provinz" stattfinden.

Samstag 27. September: Auch in Stuttgart findet im anschluß an den weltweiten proteststurm gegen die todesurteile der spanischen justiz gegen fünf antifaschisten protestaktionen statt. Vor dem spanischen generalkonsulat in der Lenzhalde 61 hielten sich in der nacht zum Samstag fünfzig demonstranten bis in die frühen morgenstunden auf. Das polizeiaufgebot zum schutz des wohlweislich bis unters dach verrammelten konsulats übertraf während der ganzen nacht die zahl der demonstranten um ein vielfaches. Die herren konsulatsangehörige müssen schon ganz erhebliche muffe vor deutscher solidarität mit dem spanischen widerstand haben. Bereitschaftspolizei mit MP und hunden war im einsatz. Die unerwartete nachricht am freitagabend, daß das Franco-regime entgegen allen erwartungen nicht zur "begnadigung" der fünf genossen zu bewegen war, traf uns völlig überraschend. So gelang es auch nicht, trotz zahlreicher versuche, telefonisch mehr leute zusammenzutrommeln. Samstagvormittag führten KBW und KPD/ML, Spartacusbund und GIM zusammen mit vereinzelten Spaniern auf Stuttgarts haupteinkaufsstraße, der Königstraße, mehrer protestkundgebungen mit infoständen durch. Eine gruppe demonstranten zog vom generalkonsulat in die innenstadt mit zwei großen transparenten und forderten in sprechchören die beseitigung des spanischen terrorregimes.

FRANKFURT (ID)
28. September

SOLIDARITÄTSHUNGERSTREIK IM UNTERSUCHUNGSGEFÄNGNIS

"Wir, 14 gefangene im untersuchungsgefängnis frankfurt-preungesheim - treten ab heute, sonntag, den 28.9.75 in dreitägigen hungerstreik.

Wir protestieren und wenden uns damit gegen die todesurteile und justiz-morde, die von den faschisten des francisco-franco-regimes am gestrigen morgen in spanien an den kommunistischen mitgefangenen Manotas, Otaegui, Sanz, Sollas, Baena, begangen wurden. Sie sind umgebracht worden, weil sie patriotische freiheitskämpfer, antifaschisten, kommunisten waren. Ihnen, wie allen antifaschistischen mitgefangenen, gilt unsere solidarität im hungerstreik, und wir wenden uns gegen ihre verfolgung mit ungleichen waffen, durch folter und mord!

Nachtrag: Sofort nach bekanntwerden unseres hungerstreiks hat die gefängnisleitung preungesheim gegen uns alle im hungerstreik befindlichen gefangenen die totale isolation ausgesprochen und verhängt."

HAMBURG (ID)
14. September

SOLIDARITÄTSAKTION

"Wir haben heute die fensterscheiben der spanischen bank und des spanischen reisebüros in der Ferdinandstraße eingeschmissen.

Das spanische reisebüro vermarktet nur das eine gesicht spaniens: die tourismusidylle aus sonne, sand und meer. Wenn sie heute ihre flugkarte kaufen - die Bank ist dankbar für ihre devisen - kommen sie gerade zurecht, um ein anderes gesicht spaniens zu besichtigen. Fünf genosssen droht die hinrichtung durch die Garotte. Der hals kommt in ein würgeeisen, ein eisendorn wird zwischen die halswirbel gebohrt. Das todesurteil gegen drei genossen der FRAP haben die faschisten am freitag gesprochen, das gegen Garmendia und Otegui, kämpfer der ETA vor zwei wochen, Die gesetze, die gerade erlassen wurden, um die Garotte zu legalisieren, legalisieren mehr: den ausnahmezustand in ganz Spanien. Franco hat dem volk den offenen krieg erklärt.

Wir distanzieren uns durch die aktion von der "Empörung" der Brandts, Wilsons und Palmes, die zwar gegen die todesstrafe sind, aber für den tod ihrer politischen gegner. Als Holger Meins, Michael Gaughan und Siegfried Hausner ermordet wurden, in Deutschland, England und Schweden, gefangene, die für die gleiche sache gekäm pft hatten wie jetzt die spanischen genossen, waren sie nicht "empört", denn sie trugen die verantwortung.

Der unterschied liegt nicht im ergebnis, sondern in der methode. Brandt, Wilson und Palme ekeln sich vor der häßlichkeit der Garotte. Dieses mittelalterliche würgeeisen entspricht nicht dem stand der Countertechnik. Die deutschen Garotten sehen anders aus, als die spanischen. So wie die vernichtungszellen in Bruchsal zum beispiel, wo die Stuttgarter gefangenen nach der verurteilung ohne blut und die "empörung" ihrer henker umgebracht werden sollen.

Brandt, Wilson und Palme wollen auch in Spanien den faschismus nicht abschaffen, sondern erneuern. Spanische minister besichtigen das Bundeskriminalamt; man will ihnen vorführen, daß es reibungsloser funktionieren kann als die Garotte von Burgos.

Sie wenden sich nur gegen die methoden, aber nicht gegen die ursachen des faschismus, deren teil sie sind. Hinter der verknöcherten Figur Francos steht ein weitaus mächtigerer feind, den wir werden besiegen müssen. Das blut, das durch Francos adern fließt, sind die Dollars und D-Marks der internationalen konzerne, die im schatten des terrorregimes die besten geschäfte machen.

Unsere aktion deutet an, worum es geht, wenn wir gegen ein faschistisches regime kämpfen: petitionen und regierungsproteste zielen auf erneuerung des faschismus. Uns aber geht es um seinen schnellen, schmerzhaften tod.

Wir fordern die freiheit für Garmendia, Otaegui und die FRAP-Genossen!
Für den Sieg der völker Spaniens!
Freiheit für alle gefangenen revolutionäre in Deutschland, Spanien und überall!"

Erklärung Hamburger Genossen.

HAMBURG (ID)
8. September

SCHLAG GEGEN LINKE BETRIEBSRÄTE BEI IDUNA

Bei der Hamburger hauptverwaltung der Iduna-Versicherung wurden in diesen tagen sieben (!) gewerkschafter f r i s t l o s gekündigt. Darunter befanden sich drei betriebsratsmitglieder, drei ersatz-BR-mitglieder und ein weiterer kollege, alle mitglieder der HBV-betriebsgruppe. er rausschmiß dieser kollegen war die brutale antwort der geschäftsleitung auf den versuch der HBV-betriebsgruppe, durch regelmäßige informationsschreiben eine öffentliche betriebsarbeit zu machen, die manche mauschelei ans licht brachte. der rückhalt bei der belegschaft hatte sich bei den BR-wahlen gezeigt: Die HBV-liste, auf der hauptsächlich linke gewerkschafter kandidierten, erhielt 32 % (Iduna Leben) und 16 % (Iduna Allgemeine). So wurden auch die informationsschreiben zur "begründung" der kündigungen herangezogen: "Wird die öffentlichkeit jedoch in unzutreffender und entstellender form und betriebsstörender absicht über betriebsinterne vorgänge unterrichtet, muß befürchtet werden, daß das notwendige vertrauen der öffentlichkeit in gefahr gerät", so die Iduna-geschäftsleitung.

Dieser unternehmer"logik" - totales informationsverbot für betriebsräte - unterwarfen sich die ständischen DAG-betriebsratsmitglieder nur allzu bereitwillig, war ihre bedenkenlose zustimmungspolitik im BR doch gerade durch die forschrittlichen HBV-ler öffentlich kritisiert worden. Fünf der sieben fristlosen kündigungen fanden daher ihre zustimmung! Denn "wenn diese (die rechten DAG-BR-mitglieder) damit rechnen müssen, daß bald der gesamte betrieb davon in kenntnis gesetzt wird, wie sie abstimmen (!) und wie sie argumentieren (!), dann besteht die gefahr, daß die betreffenden mitglieder ihren pflichten als angehörige des BR nicht mehr in der gesetzlich vorgeschriebenen form der freien warnehmung ihres wählerauftrages nachkommen können", so formulierte die Iduna-geschäftsleitung ihre befürchtungen hinsichtlich einer demokratischen öffentlichkeitsarbeit. besteht doch dann die "gefahr", daß informierte kollegen von ihren BR-vertretern rechenschaft fordern könnten...!

Dieser gesetzwidrige knebel für die fortschrittlichen betriebsratsmitglieder muß als brutale durchsetzung unternehmerischer machtansprüche selbst auf kosten der bescheidenen rechte des betriebsrates angesehen werden. Es ist nach wie vor ein elementares recht jedes BR, die kollegen über die vorgänge im betrieb zu informieren (sofern nicht in einzelfällen die "schweigepflicht" ausdrücklich gilt).

Wer nun erwartet hatte, daß die HBV-ortsverwaltung ihren angegriffenen mitgliedern zur hilfe eilt, hatten diese doch die HBV erstmals für die kollegen der Iduna wählbar gemacht, der sah sich bös' enttäuscht. Die ortsverwaltung fühlte sich bemüßigt, sich von allen veröffentlichungen der betriebsgruppe zu distanzieren: "Um allen irrtümern vorzubeugen, distanziert sich die gewerkschaft HBV von den flugblättern, die mit "BETRIEBSGRUPPE IDUNA" unterzeichnet sind." (HBV-Aktuell v. 6.8.75). Das kann eigentlich nur als offene schützenhilfe für die Iduna-geschäftsleitung interpretiert werden, nach dem motto: das sind nicht unsere leute, mit denen könnt ihr verfahren, wie ihr wollt.

Es besteht sogar der starke verdacht, daß die HBV-ortsverwaltung bei den kündigungen in der einen oder anderen weise mitgemischt hat, war ihnen doch die HBV-gruppe schon lange ein zu "linker haufen", in dem sie sich nicht mehr mit ihren sozialpartnerschaftlichen vorstellungen durchsetzen konnte. Auf jeden fall steht außer zweifel, daß die HBV-funktionäre von den kündigungen wußten, bevor sie von den betroffenen selbst informiert wurden. Außerdem wurde am entscheidenden tag ein angestellter der Iduna-personalabteilung bei der ortsverwaltung gesichtet!

Die rausgeschmissenen HBV-ler blieben derweil natürlich nicht untätig. In einer gemeinsamen persönlichen erklärung wiesen sie die vorwürfe zurück und versicherten: "Wir werden alle uns zur verfügung stehenden rechtewahrnehmen und uns diesem akt von untern.eh merwillkür nicht beugen." Hundert kollegen bestätigten auf einer solidaritätsveranstaltung ihren rausgeschmissenen kollegen ihre unterstützung und forderten die HBV-ortsverwaltung auf, die sieben "nunmehr ohne vorbehalte zu unterstützen". Um der Iduna-belegschaft den gesamten hintergrund der spektakulären rausschmisse noch einmal im einzelnen darzulegen, stellte die betriebsgruppe HBV eine 62-seitige dokumentation zusammen. Diese dokumentation "über den versuch von verschiedenen seiten, fortschrittliche gewerkschaftsarbeit zu liquidieren" (so der titel), stellt in anschaulicher weise noch einmal die gesamte auseinandersetzung um die fortschrittliche gewerkschaftsarbeit dar.

Allein vor Iduna wurden (zu einem stückpreis von dm 2,5o über 2oo exemplare verkauft.

Der HBV-ortsverwaltung wurde angesichts dieser entwicklung einer relativ breiten solidarität zunehmend unbehaglich zumute. In ihrem zweiten informationsschreiben vom 12.8. verhält sich die ortsverwaltung gegenüber der betriebsgruppe zwar noch sehr distanziert: "Auch zur frage, ob inhalt, form und verteilung dieser flugblätter (der BG) eine störung des betriebsfriedens darstellen, nehmen wir keine stellung. Dies muß durch die zuständigen gerichte geklärt werden". Jedoch warnt sie "alle versicherungsunternehmungen vor solcherlei maßnahman" und spricht von einem "beispiellosen vorfall". Um diesem slalomlauf den nötigen schwierigkeitsgrad zu verleihen, gibt sie frecherweise den gekündigten selbst die schuld an deren rausschmissen: "Nunmehr hat die verhaltensweise der sieben kollegen zu unabsehbaren folgen für sie selbst geführt".

Es bedarf wohl keiner weiteren erläuterung, daß äußerungen dieser art in der phase schärfster unternehmerangriffe für die entwicklung einer breiten gewerkschaftlichen solidarität sehr schädlich sind.

Mittlerweile ist es einem der gekündigten betriebsratsmitglieder per einstweiliger verfügung gelungen, wieder in den betrieb zurückzukehren.

Ein weiterer erfolg stellt die rücknahme der kündigung gegen ein zweites BR-mitglied durch die GL dar. Gegen fünf der sieben gekündigten steht jedoch die gerichtliche entscheidung noch aus! Die HBV ortsverwaltung allerdings, die keine stellung zu den kündigungen nehmen wollte (das ist "sache des gerichts"), mußte sich in einem flugblatt der betriebsgruppe Iduna die berechtigte frage gefallen lassen:

"Steht das gericht mehr auf seiten der arbeitnehmer als die führung der arbeitnehmerorganisation HBV???"

Um nicht völlig den anschluß zu verpassen, unterstützte nun auf einmal die HBV-ortsverwaltung die unterschriftensammlung der betriebsgruppe zwecks einberufung einer betriebsversammlung, wo der offene bruch des betriebsverfassungsgesetzes der Iduna-geschäftsleitung zur sprache gebracht werden soll. Mit diesem schritt hat die ortsverwaltung zugeben müssen, daß die betriebsgruppe Iduna selbstverständlich nicht außerhalb der HBV steht - ein eindruck, der durch die anfänglichen distanzierungen ganz eindeutig erweckt werden sollte.

BIBLIS (ID)
24. September

BEVÖLKERUNG VERLÄSST RWE-VERANSTALTUNG UNTER PROTEST

Am 24. September fand in der Riedhalle in Biblis eine informationsveranstaltung des RWE unter dem motto "bürger fragen, RWE antwortet" statt. Nach zweieinhalbstündiger diskussion verließ der größte teil der besucher den saal. Ein teil dieser besucher verfaßte daraufhin folgende presseerklärung:

Wir protestieren gegen art und verlauf der informationsveranstaltung des RWE vom 24. September 1975 in Biblis.

a) Die besucher sollten nur zu vorgegebenen themenbereichen fragen stellen dürfen, name, wohnort und beruf sollten vorher angegeben werden, diskussionsbeiträge sollten nicht zugelassen werden.

Durch eine abstimmung machten die besucher deutlich, daß sie mit diesem einseitigen ablauf der veranstaltung nicht einverstanden waren. Dadurch wurde erreicht, daß auch informationen aus dem besucherkreis eingebracht werden konnten. Schon hier zeigte sich deutlich, daß es dem RWE darauf ankam, nur seine argumente zur geltung zu bringen.

b) Der angeblich neutrale diskussionsleiter Brand stellte sich im verlauf der veranstaltung als eindeutig parteilich dar. Er beantwortete mehrmals fragen, die an die referenten des RWE gerichtet waren und versuchte des öfteren, diskussionsbeiträge aus dem publikum abzublocken. Wenn man bedenkt, daß er vom RWE bezahlt wurde, ist das kein wunder.

c) Die referenten des RWE wurden ihrem anspruch, die fragen der bürger zu beantworten, in keiner weise gerecht. Differenzierte fragen wurden teilweise gar nicht oder nur pauschal beantwortet. Unangenehmen fragern wurde mangelnde sachkenntnis und fehlender "gesunder menschenverstand" vorgeworfen. Andererseits nahm die beantwortung der restlichen fragen formen an, die vom publikum als volksverdummung bezeichnet wurden.

d) Eine offene diskussion wurde dadurch stark beeinträchtigt, daß ständig alle redner und ganze besucherreihen detailliert fotografiert wurden. Als durch einen landtagsabgeordneten bekannt gegeben wurde, daß sich in der halle acht kriminalbeamte als beobachter befänden und es sich herausstellte, daß sich in einem nebenraum uniformierte polizeibeamte in bereitschaft hielten, wurde es ganz klar, was von dieser "informationsveranstaltung" zu halten ist.

Ein antrag, polizei und kripo sollen das gebäude verlassen, fand eine breite mehrheit. Dieser aufforderung widersetzte sich der Bibliser bürgermeister Seib mit den worten:"Hier entscheidet nicht die mehrheit, sondern der hausher, und der bin ich!" Dies nahm der größte teil der besucher nicht hin und verließ demonstrativ den saal. Diese veranstaltung hat gezeigt, daß es dem RWE nicht um eine echte aufklärung der bevölkerung geht, sondern nur darum, kritische stimmen mundtot zu machen.

Deshalb fordern wir alle betroffenen bürger auf: Informieren sie sich eingehend über die problematik der kernenergie. Treten sie lügen und verschleierungstaktiken des RWE entgegen. Schließen sie sich bürgerinitiativen an.

50 besucher der "informationsveranstaltung"
Im auftrag: Ludwig Bauer, 6843 Biblis, Darmstädter Str.119

RWE = Rheinisch-Westfälisches Elektizitätswerk

KÖLN (ID) September

DAS IST DIE WAHRHEIT: MILLIONENGEWINNE DER KVB

Am 25. august wurden in Köln busse, straßenbahn und u-bahn um die hälfte teurer. Es gab proteste, demonstrationen, viele flugblätter. Aber die mehrheit der Kölner hat doch bezahlt. Widerwillig vielleicht, aber ohne widerstand. Die meisten werden wohl den stadtvätern und dem KVB-vorstand geglaubt haben, daß die bahn ein großes defizit gemacht hat. Aber das ist nicht wahr. Ein pfusch. Denn nur auf dem papier gibt's ein defizit, in wirklichkeit haben die fahrgäste im letzten jahr mehr bezahlt, als ihre beförderung kostete. Wir haben das genau vorgerechnet. Und um der propaganda von rat und bahn etwas entgegenzusetzen, haben wir davon ein sonderblatt gemacht und etwa 30 000 stück verteilt.

Unsere behauptung: Mit dem KVB-überschuß wird das loch im stadtsack ein bißchen verkleinert. Daß es in wirklichkeit um dieses loch geht, zeigen auch die angekündigten gaspreiserhöhungen zum 1. oktober.

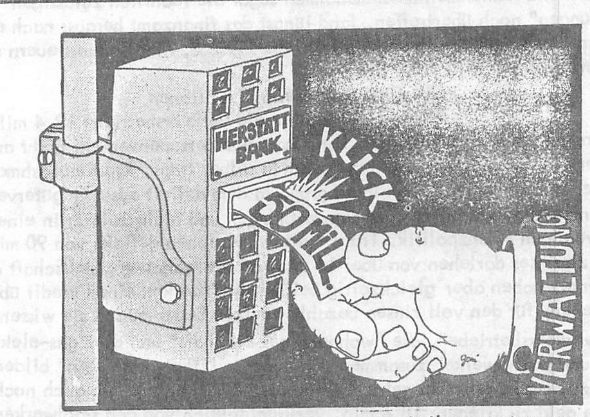
Obwohl die "gas-, elektrizitäts- und wasserwerke" 1974 einen zugegebenen gewinn von 34 millionen machten und 1975 schon eine "konzessionsabgabe" von 50 millionen an die stadt zahlten. Das hätte wohl gereicht. Aber schon jetzt stehen neue erhöhungen vor der tür: wasser, strom und müllabfuhr. (Siehe den artikel "Ein papier...".) Mal sehen, wieviel sich die Kölner von ihren gewählten vertretern noch gefallen lassen, bis ihnen der kragen platzt.

Aufwendungen, die mit personenbeförderung nichts zu tun haben:

Güterverkehr-verluste:	10 mio
Straßenbau-folgekosten:	10 mio
Pensionsaufwendungen an beschäftigte vor 1938:	29 mio
Überflüssige zinsen:	12 mio
GEW-steuern:	3 mio
Zu hoch berechnete wertminderung der anlagen:	42 mio
Zusammen:	106 mio

Rechnet man vom angegebenen verlust von 90 mio die kosten ab, die nicht vom personenverkehr verursacht sind, macht das einen gewinn von rund 16 millionen im personenverkehr!

Trotzdem werden die tarife erhöht. Der grund liegt nicht, wie in kostspieligen zeitungs-werbeanzeigen immer behauptet, bei den verkehrsbetrieben. Das problem ist das große loch in der stadtkasse: 600 millionen fehlen. Das loch kommt nicht von ungefähr. Schließlich hat Danny Dattel unter aufsicht von Herstatt und Gerling unter anderem auch 50 millionen gelder der stadt Köln verspekuliert. Und Köln selbst ist auch nicht gerade geizig, wenn es sich um die förderung von prestigeeinrichtungen oder ortsansässigen unternehmen handelt: 35 millionen zuschuß für oper und theater, 5 millionen für wirtschaftsförderung, 5 millionen für den flughafen, und 6,5 millionen für die kölner messe, auch der autoverkehr kommt nicht zu kurz: Rund 27 millionen gibt's für den straßenbau, und zum beispiel 4,8 millionen für die tiefgarage "Am Bollwerk". Das alles im jahr 1975.



Nachdem die verwaltung zusammen mit ihren vertrauenspersonen Dattel und Gerling bei der Herstatt-bank 50 millionen entwertet haben, ist ein loch in der stadtkasse. Jetzt sollen die KVB-benutzer es stopfen.

Warum sollen eigentlich gerade die benutzer der öffentlichen verkehrsmittel, die entweder zu den weniger zahlungskräftigen gehören, die sich kein auto leisten können oder sich doch zumindest verkehrspolitisch vernünftig verhalten, warum sollen gerade die zuerst dazu herhalten, das loch in der stadtkasse zu stopfen?

Bevor sie also bereitwillig ihre markfünfzig für den neuen fahrschein zahlen, weil sie vielleicht - wie unsere "stadtväter" - sonst keinen ausweg sehen, sollten sie ein paar einzelheiten über die finanzielle lage der verkehrsbetriebe und die städtische verkehrspolitik wissen.

Verluste aus güterverkehr: 10 millionen

Die KVB haben auch eine güterbahnlinie. Sie verbindet die industriegebiete zwischen dem Niehler hafen und Frechen/Benzelrath und bedient 5o privat-gleisanschlüsse. Verlust 1974: 10,4 millionen!

Straßenbau-folgekosten: 10 millionen

Ebensowenig wie die verluste des güterverkehrs haben die straßenbaufolgekosten mit der personenbeförderung zu tun. Es handelt sich dabei um kosten oder teilkosten für baumaßnahmen, die durch den wachsenden straßenverkehr bedingt sind. 1974 zum beispiel die neue überführung der strecke nach Bensberg über die autobahn Köln-Olpe oder die neue brücke über die güter-eisenbahn an der Neusser straße.

Solche kosten sind in der bilanz natürlich nicht extra ausgewiesen. Nach auskunft von fachleuten machen die straßenbaufolgekosten etwa 20 millionen aus - die KVB selber geben 10 millionen zu.

Dabei handelt es sich nur um die ganz offensichtlichen folgekosten des anwachsenden straßenverkehrs. Im grunde kann man die ganzen u-bahnkosten dazu rechnen, denn die u-bahn wird ja nur gebaut, weil die vielen autos die straßenbahnen und busse behindern.

Pensionsaufwendungen: 29 millionen

Diese aufwendungen beziehen sich auf leute, die vor 1938 bei der Kölner stadtbahn beschäftigt waren. Damals hat die stadt für die beschäftigten keine beiträge zur staatlichen rentenversicherung bezahlt (wie die verkehrsbetriebe das heute tun).

Natürlich sollen die rentner, für die die stadt vor 1938 keine beiträge bezahlt hat, heute ihre renten bekommen. Aber das sind keine kosten, die durch die jetzige personenbeförderung entstehen. Sie müßten exakterweise aus dem personaletat der stadt genommen werden.

Zu hoch angesetzter wertverlust der sachanlagen: 42 millionen

Die abschreibungen und wertberichtigungen, die die wertminderung der sachanlagen im laufe des jahres ausdrücken sollen, sind mit 63 millionen angegeben. Sie stellen aber nicht die wirklichen wertminderungen dar, sondern dürfen aus steuergründen überhöht angegeben werden (durch außerplanmäßige abschreibungen zum beispiel). So werden von den gesamten neuanschaffungen des jahres 1974 im wert von 74 mio. Auf der ausgabenseite 46 mio. als wertminderung gebucht. (das sind 63%). Nach dieser kölner

bewertungsmethode müßten die neuanschaffungen also in weniger als zwei jahren verbraucht sein und ersetzt werden. Ein bus hält ja nicht nur 2 sondern 5 jahre. Deshalb kann man in einem jahr auch nur ein fünftel als tatsächliche abnutzung gelten lassen. Macht von 74 millionen neuanschaffungen 15 millionen und nicht 46. Das sind 31 millionen zuviel.

Berücksichtigt man nicht allein die wertminderung der neuanschaffungen, sondern die aller sachanlagen, dann sind von den insgesamt 63 mio. 42 zuviel angegeben.

Daß die stadtwerke und verkehrsbetriebe bei ihren wertangaben und rechenmethoden manchmal sogar die rechtlich zulässigen "hochrechnungen" noch übertreffen, fand jüngst das finanzamt heraus: nach einer steuerprüfung mußten die verkehrsbetriebe 1973 3,4 millionen steuern nachzahlen!

Überflüssige zinsen: 12 millionen

Allein 1974 zahlten die verkehrsbetriebe 12,4 millionen an Zinsen. Diese zinszahlungen kann man dem personenverkehr nicht anlasten, weil er die von ihm verursachten kosten ja selber trägt. Kreditaufnahmen bei den verkehrsbetrieben haben ihren grund in dem defizit aus dem güterverkehr, straßenbaufolgekosten, den pensionszahlungen und nicht zuletzt in einer etwas merkwürdigen finanzpolitik. Trotz eines angeblichen defizits von 90 mio. geben sie ein zinsloses darlehen von über 16 mio. an die wohnungsgesellschaft der stadtwerke, haben aber gleichzeitig bei den stadtwerken einen kredit über 47 mio. stehen, für den voll zinsen bezahlt werden. Dazu müssen sie wissen, daß die "verkehrsbetriebe", die "wohnungsgesellschaft" und die "gas-elektrizitäts- und wasserwerke" zusammen den konzern "stadtwerke köln" bilden und alles zusammen der stadt gehört. Gleichzeitig haben die kvb auch noch eine menge geld zu kriegen: 18,6 mio. verlustausgleich von den stadtwerken, 17,2 mio. beihilfe vom bund und vom land, 5 mio. schülerfreifahrterstattung von der stadt und eine einlage auf das grundkapital in höhe von 2,5 mio. Bevor man also kredite für teure zinsen aufnimmt, sollte man sich erst mal um die außenstände kümmern und schon gar nicht zinslose darlehen geben!

Steuern für die gew: 3 millionen

Ein kleiner posten, der den haushalt der verkehrsbetriebe belastet, sind 2,9 mio. steuerumlage der stadtwerke. Laut vertrag werden die steuern der drei gesellschaften, die den stadtwerke-konzern bilden, anteilig umgelegt. Es handelt sich in diesem fall um steuern, die durch die gewinne der gas-, elektrizitäts- und wasserwerke entstehen.

Man wird den verdacht nicht los, daß gerade der jahresabschluß 1974 so angelegt ist, daß ein großer rechnerischer verlust vorgezeigt und eine saftige fahrpreiserhöhung begründet werden kann.

Es ließe sich noch mehr anführen. zum beispiel der strompreis. Die gas-, elektrizitäts- und wasserwerke, mit den verkehrsbetrieben in einem stadteigenen konzern, berechnen den verkehrsbetrieben die strompreise für die straßenbahn wie fremden großfirmen. Stellen sie ihren kindern das essen mal zu gasthauspreisen in rechnung, dann haben die auch schnell ein defizit im taschengeld.

Trotz der verkündigung des "90 millionen-verlustes" ist es nicht hoffnungslos, das sieht man an den bezügen des vorstandes. Auch 1974 haben die herren prinz, braun, dubbel und osterroth fröhlich in die leere kasse gegriffen und sich zusammen 383.351 dm genehmigt. das ist ein monatsgehalt von knapp 8.000 dm, dienstwagen und andere kleinigkeiten nicht eingerechnet. (Aus: kölner volksblatt Nr. 9)

KÖLN (ID) September

WIE DIE SPD-STADTRÄTE SICH VERARSCHEN LASSEN

Im neuen Kölner stadtrat gibt es zwei clevere politiker. "Jung und dynamisch", wie man so sagt. Herterich heißt der eine, Winkler der andere. 35 jahre alt der eine, 39 der andere. Fraktionsvorsitzende sind sie beide. Und weil sie sich mögen, und weil sie sich ähnlich sind, und "weil sie politik machen wollen", haben sie sich kurz nach den kommunalwahlen an einem sonntagnachmittag im mai oder juni getroffen. Als sie sich voneinander verabschiedeten, hatten sie ein papier in der tasche. Jeder eins. Ein drittes gibt es nicht, und sie haben ausgemacht, daß jeder seins in den panzerschrank legt und keinem anderen zeigt.

Dieses papier, das sie in der öffentlichkeit als eher beiläufiges ergebnis eines rein privaten treffs herunterspielen, hat allerdings einige brisanz. Es ist praktisch eine art koalitionspapier zwischen SPD und FDP im Kölner Rat, das allerdings die 44 personen starke SPD-fraktion überhaupt nicht inhaltlich beraten hat.

Mehr als ein dutzend verschiedener themen und vereinbarungen sind konkret darin angesprochen:

- Bei der KVB werden die preise erhöht (schon erledigt)
- Kommunale preise wie gas, strom, wasser, müllabfuhr und andere gebühren werden zwischen 35 und 40 % erhöht. Das gas am 1. oktober um 40 %.
- Die wirtschaftsförderung wird aktiviert,
- Die gesamtschulversuche werden fortgeführt,
- Das mittelstück der stadtautobahn zwischen Herkules- und Vorgebirgsstraße wird noch nicht gebaut, aber die nördlichen und südlichen anschlüsse. (Damit haben sich die ratsparteien praktisch für die ganze autobahn entschieden, nachdem auch die CDU sie häufig gefordert hat. Der damit hereingebrachte verkehr wird die Innere Kanalstraße über kurz oder lang überfluten lassen.)

Neben diesen vereinbarungen enthält das papier einige FDP-forderungen:

- Die städtische außenwerbung, die stadtreinigung und das leichenfuhrwesen sollen privatisiert werden.
- Das technische rathaus soll nach Chorweiler und nicht nach Deutz
- Das kongreßzentrum soll nicht in die innenstadt zwischen rathaus und Gürzenich, sondern ins messegelände
- Die städtische wohnungsvermittlung soll aufgelöst werden, "wenn sie die erwartungen nicht erfüllt".

Weil sich die beiden fraktionschefs so gut verstanden beim plausch, verzichtete SPD-Herterich darauf, eigene forderungen zu stellen. Möglicherweise aber auch in ermangelung eines eigenen programms. Um nun die vereinbarungen von der kaffeekränzchenebene herunterzubringen, mußte Herterich das papier von seinen SPD-fraktionsgenossen absegnen lassen. Dazu versammelte er sie an einem schönen nachmittag und trug mündlich, "im eilzugtempo" (so ein ratsherr) das papier vor, ließ keinen hineinblicken und ließ sie wohl auch im unklaren über den wahren charakter des papiers. Denn nach 2-3 stunden munterer diskussion meinte er um halb acht abends nach einem blick auf die uhr: So, wir müssen zur abstimmung kommen, um acht uhr ist die FDP da. Dann wird unterschrieben.

Jetzt erst ging den meisten auf, daß es sich nicht um einen entwurf handelte. Trotzdem ließ die mehrheit so mit sich umspringen und stimmte Herterich zu. Nur 5 waren dagegen und 4 enthielten sich der stimme. Herterich hat freie bahn.

Ob sich FDP-Winkler und SPD-Herterich anschließend wieder zu einem umtrunk getroffen haben, ist unbekannt. In den schulbüchern jedenfalls steht über solche parlamentarische gebräuche: Die parteien sind die willensbildungsorgane des volkes. Sie sind demokratisch organisiert.

Kölner Volksblatt Nr. 9

BERLIN (ID) 1. Oktober

WIDERSTAND GEGEN DIE SANIERUNG IN BERLINER ARBEITERVIERTELN

Schöneberg, Bülowstr. 38. Das haus sollte nach absicht der Neuen Heimat und des senats teuer (4,50 grundmiete) modernisiert werden. Trotz der einschüchterungsversuche haben mieter beschlossen, im haus zu bleiben. Dadurch wollen sie die baumaßnahmen solange verhindern, bis sie eine schriftliche zusage über eine billige miete nach der modernisierung erreicht haben. Daß die grundmiete nicht höher als 3,- mark steigen wird, ist sehr wahrscheinlich.

Charlottenburg, Block 118. Im sanierungsgebiet Klausener Platz haben die mieter 3,- mark grundmiete durchgesetzt (Siehe auch ID 86)

Kreuzberg, Waldemarstr. 81. Einer hausgemeinschaft ist es gelungen, den geplanten abriß zu verhindern.

Bei allen beispielen wehrten sich die mieter gegen eine wuchermodernisierung (4,50 mark grundmiete) und rauswurf aus ihrem stadtteil. Das sind kleine begrenzte erfolge, denn nicht alle beteiligen sich am kampf gegen die Neue Heimat, da eine grundmiete von 2,70 bis 3,-dm auch gar nicht alle auftreiben können. Bevor das endstadium der sanierung, der rauswurf der mieter, erreicht ist, suchen sich meist angestellten- und besser verdienende arbeiterfamilien eine wohnung im stadtrand. Übrig bleiben rentner, deutsche und ausländische arbeiter und studenten, die bereit sind, was gegen die sanierung zu unternehmen. Nur können diese mehr miete aufbringen, als die proletarischen rentner, die ohnehin schon mit ihrer winzrente unter dem existenz minimum liegen. Der kompromiß von 3,- mark miete ist ohne sie gemacht, ausziehen jedoch trifft sie besonders hart, weil sie zumeist auch im kiez geboren sind. Tatsächlich ist die miete auch mit 2,70 mark noch viel zu hoch. Es sind in berlin normal instandgesetzte häuser für 2,25 (d.h. 0,25 mark mieterhöhung) modernisiert worden. Die kampfbereitschaft wurde durch das fehlen eines bebauungsplans unterstützt, es besteht keine rechtliche möglichkeit zur räumungsklage.

LUDWIGSBURG (ID) 30. September

STADTVERWALTUNG VERBIETET ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION

Für Samstag, den 27. September hatte die neofaschistische organisation "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) eine demonstration gegen die "Centrale Stelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen" angekündigt. Der KDS um den frankfurter rechtsanwalt Erwin Schönborn wollte dort gegen "bolschewismus und zionismus" antreten. In seinem aufruf werden die naziverbrechen und die vergasungen in konzentrationslagern als "lügen und verleumdungen" von "charakterlosen journalisten und deutschfeindlichen agenten" hingestellt. Unmittelbar nach bekanntwerden haben sich verschiedene gremien und organisationen gegen diesen offen faschistischen auflauf ausgesprochen und gegenmaßnahmen angekündigt. Die IG-Metall hatte eine Gegendemonstration angemeldet. Die Demonstration der neofaschisten wurde inzwischen verboten, der KDS ließ aber durch seinen vorsitzenden rechtsanwalt Schönborn erkären, die demo werde "unter allen umständen stattfinden". Eine kundgebung auf dem Karlsplatz, die sich gegen das auftreten der faschisten in Ludwigsburg richten sollte, wurde vom Amt für öffentliche Ordnung in absprache mit Oberbürgermeister Ulshöfer und den gemeindevätern ebenfalls schlichtweg abgelehnt Stattdessen fanden am eingang zu Ludwigsburg starke polizeikontrollen mit personalienfeststellung statt. Wagen mit jungen leuten wurden grundsätzlich herausgewunken, den etwa hundert demonstranten, die sich trotz dieser einschüchterungen gegen die faschistendemo zusammengefaunden hatten, standen mehrere hundertschaften bereitschaftspolizei in VW-bussen und leichten mannschaftstransportern, verteilt über die innenstadt, entgegen. Zwielichtige Typen mit kameras, vermutlich nicht durchweg presse, schwänzelten die ganze zeit über hartnäckig um die demonstrantengruppe herum. Es kam vereinzelt zu allergischen reaktionen gegen die wilde knipserei. Einem offensichtlichen polizeifotografen wurde von ein paar jugendlichen mit der enteignung seiner kamera gedroht, da er sich nicht als pressefotograf ausweisen konnte. Wir nahmen uns trotz alledem unser recht zur kundgebung und gingen in lockeren zug zur innenstadt, wo wir diskussionsgruppen bildeten. Bis auf eine handvoll anhänger der reaktionären wählervereinigung Martin Pape, deren blättchen "deutscher standpunkt" von jugendlichen verbrannt wurde, ließen sich bis mittag keine faschisten blicken.

MÜNSTER (ID)

PROZESS GEGEN PROF. C. SIGRIST WEGEN ANTIFASCHISTISCHER AKTIONEN

September

Gegen den an der universität Münster lehrenden soziologie-professor Christian Sigrist wurde jetzt ein strafverfahren sowie ein dienstrechtliches ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese verfahren können möglicherweise zu seiner entfernung aus dem beamtenverhältnis und damit zum verbot einer weiteren lehrtätigkeit für professor Sigrist führen. Die vorwürfe gegen ihn gründen sich auf zwei publikationen, in denen er auf die lehrtätigkeit eines vertreters faschistischen gedankenguts an der universität Bochum sowie auf die gefahr neuer faschistischer entwicklungen in Westdeutschland aufmerksam zu machen suchte; außerdem wird ihm sein bemühen zur last gelegt, zur aufklärung des todes des arbeiters Günther Routhier, der letztes jahr an den folgen eines polizeieinsatzes starb, beizutragen.

Der erste vorwurf gegen professor Sigrist hat ein gutachten zum anlaß, das dieser für einen prozeß gegen einige studenten der universität Bochum erstellte hatte; ihnen wurde beleidigung vorgeworfen, weil sie den Bochumer professor für soziologie, J. Cr. Papalekas als "erzfaschisten" und "oberfaschisten" bezeichnet hatten. Das gutachten Sigrists wurde vom gericht ebenso wie das gleichzeitige gutachten des Berliner professors J. Agnoli aus formalen gründen nicht zugelassen. Die studenten wurden verurteilt. Das gericht wies den faschismus-vorwurf gegen Papalekas jeodch nicht eigentlich zurück. Die veröffentlichung der beiden gutachten von Sigrist und Agnoli nimmt das wissenschaftsministerium des landes Nordrhein-Westfalen zum anlaß, Sigrist vorzuwerfen, er habe einen kollegen beleidigt.

In beiden gutachten ist nachgewiesen worden, daß Papalekas (ehemaliger Goebbels-Stipendiat) nicht in seiner Innsbrucker dissertation von 1946 faschistische positionen vertritt, sondern entsprechende bestrebungen auch weiter verfolgt hat.

Der zweite vorwurf gegen Sigrist hat eine presseerklärung zum anlaß, die Sigrist und andere in Duisburg als flugblatt verteilten, und in der sie aufklärung über den tod des arbeiters Günther Routhier forderten. Wegen der verteilung dieses flugblattes findet auch am 9. September ein strafprozeß gegen Sigrist statt.

Wir fordern alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen im in- und ausland auf, sich gegen diese form der politischen repression zu wenden, wie sie sich zeigt z.b. in der beabsichtigten disziplinierung von professor Christian Sigrist.

Initiativausschuß gegen die politische disziplinierung von professor Christian Sigrist, 44 Münster, Klosterstr. c/o Institut für soziologie

Am 12.9.75 wurde prof. Christian Sigrist, dekan des fachbereichs 9 und direktor des Instituts für Soziologie an der westfälischen Wilhelms-Universität, vom Duisburger amtsgericht zu einer geldstrafe von 2ooo dm verurteilt. Die verurteilung erfolgte nach den paragraphen 90a und 185 StGB. Gegen dieses urteil hat Sigrist berufung eingelegt.

KÖLN (ID) September

VERUNGLIMPFUNGSPROZESS

Am 9.9. fand vor dem landgericht in Köln der prozeß in der berufungsinstanz wegen "verunglimpfung des wappens und beschimpfung der BRD" gegen uns statt. Der vorsitzende richter Heinsoeth (charakteristisches zitat: "Man sollte nicht immer so auf seine rechte pochen, sondern das tun, was vernünftig ist".). Wir hatten die "ehre", daß der 1. staatsanwalt - chef der politischen abteilung - persönlich auftrat. Sowohl der vorsitzende richter als auch der staatsanwalt besaßen, dies läßt sich anhand ihrer gezielten fragen feststellen - glänzende informationen (die absolut nicht zum verfahren gehörten) über uns.

Der erste teil der verhandlung bestand zum größten teil in einem hick-hack zwischen dem leicht hysterischen vorsitzenden und uns über die frage, ob wir das verunglimpfende plakat verbreitet hätten. Vor der mittagspause verlas dann rechtsanwalt Boehm ein gutachten eines berliner kunstprofessors, der uns bescheinigt hatte, daß es sich bei dem plakat eindeutig um eine karikatur handele, und es daher als kunstwerk zu betrachten sei.

Nach der mittagspause traten dann fünf polizisten als zeugen auf, deren aussagen eher für als gegen uns gesprochen haben. Als letzte zeugin trat Marianne Ebertowski auf, die dem gericht eine glaubwürdige und reuige zeugin vorspielte. Sie belastete uns in ihrer aussage und entschied damit praktisch das urteil.

Das urteil fiel dann auch genauso aus, wie wir es für die vier wochen knast erwartet hatten: verwerfung der berufung, allerdings senkung des tagessatzes um die hälfte. In der urteilsbegründung führte der vorsitzende richter dann auch noch aus, daß an der glaubwürdigkeit der zeugin Ebertowski keine zweifel bestanden hätten. Er sprach von einer "organisation (!), deren geldgeber (!) im dunkeln geblieben seien". Entscheidend für die entscheidung des gerichts sei gewesen, daß wir keine "reue gezeigt hätten" und das "polizeifeindliche verhalten, das die angeklagte Weber an den tag gelegt hat, die selbst hier im gerichtssaal noch einen polizisten angegriffen hat" (der "angriff war eine unbequeme frage an einen der polizisten gewesen).

Zum schluß führte der richter aus, daß - selbst wenn es sich bei vorliegendem plakat laut gutachten um ein "kunstwerk" handelte - dies nicht gegen unsere verurteilung spräche, denn solche art von kunst dürfe nur unter kunstbeflissenen bleiben, aber wenn sie verbreitet werde; dann falle sie eben unter den straftatbestand der verunglimpfung.

Gegen dieses urteil haben wir - erst mal vorsorglich - revision eingelegt.

Am rande: Ich habe ganz am anfang der verhandlung gesagt, daß ich die berichterstattung über den Mannheimer gefängnisskandal unter anderem im "ID" verfolgt hätte. Darauf fragte der richter, wo ich das gelesen hätte. Darauf antwortete der staatsanwalt Haan: "Informationsdienst zur verbreitung unterbliebener nachrichten" - wie aus der pistole geschossen.

BERLIN (ID) 1. Oktober

STRÖBELES "EHRE" IN DER ZWEITEN INSTANZ

Am 17. September fand vor einem Berliner ehrengericht die verhandlung gegen rechtsanwalt Ströbele statt. Das aus drei rechtsanwälten zusammengesetzte gericht lehnte den antrag der staatsanwaltschaft auf eine vorläufige verhängung des berufsverbotes ab. Unter dem schutz von zwanzig mannschaftswagen polizei fühlte sich der staatsanwalt sicher genug, daß er nur die alten argumente vom OLG Stuttgart und vom BGH wiederholte. Er hat gegen die entscheidung beschwerde bei der nächsten instanz eingelegt, dem aus drei rechtsanwälten und zwei berufsrichtern bestehenden ehrengerichtshof.

Am 30. Oktober wird vor einem schöffengericht über Ströbeles einspruch gegen einen strafbefehl über 7.500 mark verhandelt, der verhängt worden ist, weil sich die Stammheimer staatsanwaltschaft beleidigt fühlte, als Ströbele ihre argumentation mit der des volksgerichtshofnazis Freisler verglich.

BERLIN (ID) September

MADEN IM KNASTESSEN

In der Roten-Hilfe-zeitung West-Berlin vom 3. September ist ein brief an den petitionsausschuß des Berliner abgeordnetenhauses abgedruckt, der ein beredtes beispiel für die zustände im Tegeler knast ist.

Betr.: zustände in der anstaltsküche der JVA Tegel

Wie ich erfahren habe, wurde am 18.8.75 in der JVA Tegel ein eintopfgericht als mittagessen an die gefangenen ausgegeben, welches vollkommen mit maden durchsetzt war. Es gelang, eine probe dieses "essens"

aus der JVA Tegel zu bringen und sie einem vereidigten lebensmittelchemiker zur untersuchung zu übergeben. Dieser erstellte folgendes gutachten:

"Am 19. dieses monats überreichten sie mir durch boten eine probe speiserest - eintopfgericht genannt - zur untersuchung auf beschaffenheit.

Die probe hatte ein gewicht von 52 g. Sie bestand in der hauptsache aus gekochtem reis, möhren, grünen erbsen mit etwas suppengrün und geringen fleischresten.

In dieser probe wurden fünf maden in einer länge von zwei bis drei mm und bis ein mm dicke vorgefunden.

Dr. Alfred Parlow
vom Senator für Wirtschaft und Ernährung, Berlin, öffentlich bestellter und vereidigter handelschemiker "

Dieser skandalöse vorfall kommt einer körperverletzung gleich. Außerdem offenbart er die völlige unfähigkeit, gleichgültigkeit und schlamperei der verantwortlichen küchenbeamten. Es ist doch wohl beweis für die menschenunwürdige verpflegung der gefangenen:

- so kam es 1969 zu "Bambule" wegen ständig ungenießbaren essens;
- 1970 der Tegeler küchenskandal, aufgedeckt durch den "Berliner Extra-Dienst";
- allein innerhalb dieses jahres mehrfach ausgabe von verdorbenen und durch versalzen oder übersäuern ungenießbar gemachten essens,
- so z.b. am 9.8.75 ausgabe von fischkonserven mit einem prägestempel von 1971; diese waren durch unsachgemäße lagerung derart verdorben, daß sich bereits die deckel wölbten.

Diese kette von vorfällen erinnert an kerkermethoden des mittelalters und steht in krassem gegensatz zur vorstellung des humanen strafvollzugs. Ich protestiere hiermit aufs schärfste gegen diese skandalösen und nicht erst seit gestern bestehenden zustände in der anstaltsküche der JVA Tegel und fordere sie dringendst auf, dahingehend zu wirken:

1. unverzügliche überprüfung der zustände in der Tegeler anstaltsküche;
2. Feststellung der verantwortlichen, um diese öffentlich zur rechenschaft zu ziehen;
3. sofortige ablösung der unfähigen küchenbeamten durch qualifiziertes, in gesundheitlichen und hygienischen vorschriften geschultes personal.

Auch um einer verschleierung der angelegenheit durch die verantwortlichen stellen entgegen zu wirken, halte ich eine sofortige bearbeitung für unumgänglich!

FRANKFURT (ID) 15. September — EINE NEUE BEFRIEDUNGS-UND KOLONISIERUNGSKAMPAGNE GEGEN GEFANGENE

Mitte dieses jahres erschien in den briefkästen von fürsorgern, "gefangenenbetreuern", "knastgruppen" usw. ein papierchen mit dem absender "informationsstelle für gefangenengruppen", abgekürzt IFG. Beim durchlesen dieses papierchens stellt sich dann heraus, daß es erstens mal nicht von einer - wie man nach dem titel annimmt - gefangenengruppe, sondern von der polizei-"wissenschaft" stammt: vom sogenannten arbeitskreis junger kriminologen.

Diese verwechslung war beabsichtigt. Und so wie dieser titel manipulativ ist, so manipulativ ist auch der ganze schrieb und die sache, die dahintersteckt. In dem papier wird etwas ganz großartiges angekündigt. Erstens eine art menschenrechtskonvention der gefangenen. Sie liegt bereits bei. Die polizeiwissenschaftler haben sie schon für uns abgefaßt. Zweitens: eine große kampagne für den "gerechten lohn" in den internierungszonen wird angekündigt. Von dieser kampagne sind auch die gefangenen selbst nicht ausgeschlossen. Sie sollen briefe an die abgeordneten schreiben. Auch der text davon liegt bereits bei, man braucht ihn nur abzuschreiben. Als drittes wird angekündigt: eine interessenvertretung der gefangenen. Sie wird noch nicht näher ausgeführt. Einen rundbrief später, im august 1975, besteht sie bereits, und zwar als IFG. Allerdings wird zugegeben, daß man die "träger der kampagne" noch "um die eigentlich betroffenen: die gefangenen" erweitern müßte. Im selben satz allerdings wird uns erzählt, daß die "träger der kampagne" bisher im wesentlichen gefangenengruppen und überregionale gefangenenorganisationen" seien. Das ist natürlich glatt gelogen und diese lüge wird von ihnen aus selbst dokumentiert mit der beschreibung einer "tagung" der IFG. Auf dieser tagung sind erschienen:

1. "Vertreter verschiedener gruppen, die im knast arbeiten" (also studenten, praktikanten, sozialarbeiter, kirchenvereine usw.)
2. "Mitglieder der vereinigung demokratischer juristen" (also: jurastudenten, rechtsanwälte, staatsanwälte etc.)
3. "Regionalsprecher der sozialpolitischen arbeitskreise SPAK" (also: angehende sozialarbeiter, fürsorger, die vertreter des fortschrittlichen sozialbeamtentums...) - und
4. "Interessierte einzelpersonen".

Also mit den "überregionalen gefangenenorganisationen" (?) und den "gefangenengruppen" ist es ein klarer schwindel.

wer hier übers ohr gehauen werden soll, sind wieder mal die, die sich hinter gittern befinden und sich auch noch als politische subjekte ausbeuten lassen müssen, indem man ihnen eine "interessenvertretung" verordnet.

Um diese "interessenvertretung" zu legitimieren und in umlauf zu setzen, versucht man für sie durch die "berechtigten forderungen der gefangenen", die man angeblich vertritt, sympathien zu gewinnen. Diese "berechtigten forderungen und interessen der gefangenen" sind nach ansicht des IFG:

Die einführung des tariflohns.

Die zwangsarbeitsausbeutung in den internierungszonen (wozu nicht nur die gefängnisse gehören) wird auf der basis der sklaverei betrieben. Die forderung nach entlohnung ist eine ganz alte und immer wieder vorgebrachte forderung der gefangenen. Aber diese forderung, weil sie ohne eine vorgestellte verbesserung des einkaufsgeldes nicht erhoben würde, zielt auf einen lohn, über den die gefangenen auch verfügen. Alles andere ist rein fiktiv und kann kann nur die bürokratie des regimes interessieren, aber nicht die gefangenen. Der "tariflohn", der in den papieren des IFG angezielt ist (für 1977!) ist dagegen etwas völlig unwirkliches - ein geld, das lediglich in den akten der gefangenen vorkommt und noch als mittel der sanierung des internierungsregimes dienen soll.

Nach ansicht des IFG "muß deutlich gemacht werden, daß die einführung von tariflohn letztlich keine mehrkosten, sondern lediglich eine konsumverteilung bewirkt. So entstehen dem staat nach dem bisherigen belohnungssystem u.a. kosten durch sozialhilfeleistungen an die familie des inhaftierten, ausfälle durch nicht gezahlte gerichtskosten oder anderweitige schulden, sozialhilfeleistungen oder arbeitslosenhilfe für unbeschäftigte entlassene, kosten durch rückfälle, die direkt durch schlechte ökonomische verhältnisse des entlassenen verursacht sind. Bei einführung von tariflohn entstehen kurzfristig höhere lohnkosten, die jedoch durch vermehrte freigänger und höhere produktivität der "eigenbetriebe" - so nennt das IFG die zwangsarbeiterfabriken in den internierungsgebieten - "langfristig abgefangen werden können. Entscheidend ist jedoch, daß an anderer stelle gespart wird. So kann der gefangene unterhaltsleistungen an die familie zahlen, beiträge zur sozial-, arbeitslosen- und krankenversicherung leisten, seine schulden abtragen. Der sozialhilfeetat und die justizkassen werden also entlastet...". An anderer stelle: "Die forderung nach arbeitslohn sollte mit einer schuldentilgungsregelung einhergehen, so daß der gefangene, neben der abfindung der gläubiger, auch tatsächlich in die lage versetzt wird, für die zeit nach der entlassung vorsorge zu treffen: - durch zahlung von haftkosten bestünde die möglichkeit, daß der strafvollzug sich langfristig selbst trägt...".

Das genügt wohl. Die aufzählung der posten, die vom lohn eines zwangsarbeiters abgezogen werden können, macht ziemlich klar, daß von dem "lohn" nichts übrigbleibt und daß es - durch abzüge für schlechte arbeit" und "faulenzerei" reduziert, eventuell noch weniger ist, was in bar übrigbleibt als das bisherige einkaufsgeld aus der "belohnung". So gesehen, wird die neuernannte "interessenvertretung" der gefangenen IFG kaum auf zustimmung unter den gefangenen selbst stoßen. die "forderung nach tariflohn" lohnt sich nicht mehr.

es ist notwendig, daß die gefangenen ihre forderungen selbst stellen. Und notwendig ist auch, daß sie sie hart durchzusetzen verstehen - durch streiks, für die die zwangsarbeitsindustrien anfällig geworden sind, und notfalls durch sabotage.

FREIBURG (ID) 2. September — PROZESS GEGEN EINEN DEMONSTRANTEN

Am 5. August 1975 fand vor dem Freiburger verwaltungsgericht ein prozeß gegen den holländer Gerard M. wegen schweren landfriedensbruchs und versuchter körperverletzung statt. Der angeklagte sollte am 20. Juni 1975 bei einer demonstration gegen den abriß von billigen mietshäusern (Freiau) einen polizisten mit einem backstein beworfen und am kopf getroffen haben. Stadtoberrechtsrat Brucke, (der "zufällig" anwesend war,) vom amt für öffentliche ordnung, sah den steinwerfer und erkannte ihn bei der gegenüberstellung (nachdem er vorher schon dessen festnahme veranlaßt hatte) auch gleich als den täter. Auch einer seiner untergebenen glaubte, eine reflexbewegung registriert zu haben, die eine wurfbewegung hätte sein müssen. Identitätsmerkmal: jeansanzug und rucksack - den rucksack konnten sie nicht beschreiben. Auch der "zufällig" laufende videorecorder konnte den "wurf" nicht festhalten. Der unbefangene tourist, der nach einem Schwarzwald-urlaub anderthalb stunden aufenthalt in Freiburg hatte und sich noch etwas die stadt ansehen wollte, war erst einmal fast einen monat in u-haft. Gegen 7.000 mark kaution durfte er dann in seine heimat bis zum 5. August. Der 21jährige pazifist und kriegsdienstverweigerer bekam sieben monate auf bewährung, gerichtskosten und eintrag ins strafregister "aufgebrummt", obwohl von seiner unschuld alle zuschauer überzeugt waren. Der staatsanwalt: "Den angeklagten freizusprechen hieße, die beiden stadtbeamten des meineids zu bezichtigen".

Die betreffenden häuser wurden übrigens am 13. August von 1.000 polizisten brutal geräumt und gleich abgerissen.

BONN (ID)
21. September

SOLDATEN GEGEN § 218 !

Am 21. September fand in Bonn eine erfolgreiche demonstration gegen den § 218 statt. 25.ooo bekundeten ihren willen, daß dieser paragraf abgeschafft werden muß. An der demonstration nahmen auch zahlreiche soldaten in uniform teil (2oo), darunter alleine 4o aus Bremen. Ganz schön zittern werden die offiziere, daß sich immer mehr soldaten solche rechte einfach nehmen, die man zum kampf braucht. Mehrmals versuchten MAD und zivile feldjäger, die soldaten auf der schlußkundgebung zu verhaften; doch als die die massen sahen, die sich ihnen entgegenstellten, mußten sie wie geschlagene hunde abziehen. Auch die polizei versuchte ständig, soldaten aus dem demonstrationszug herauszuholen, doch auch sie mußten erkennen, daß sie gegen den willen von 25.ooo nichts ausrichten konnten. Am ende der demonstration war ein fall bekannt, daß ein soldat von feldjägern verhaftet wurde.

Weg mit dem § 218 ! ! !

In zahlreichen kasernen, wie auch in Siamaringen, wurde in den letzten wochen eine unterschriftensammlung gegen den § 218 durchgeführt. Dort, wo diese unterschriftensammlung richtig durchgeführt werden konnte, sprach sich meist die mehrheit der soldaten einer kompanie oder eines zuges gegen diesen schandparagrafen aus. Wie bei ähnlichen unterschriftensammlungen in betrieben und schulen (insgesamt wurden bisher 5o2.ooo unterschriften in der BRD gesammelt), zeigte sich deutlich, daß die aufrechterhaltung des § 218 gegen den entschiedenen willen der mehrheit des volkes ist.

Kontaktadresse: Demokratische Soldatengruppe,
748 Sigmaringen, Postfach 4o2

FRANKFURT (ID)
30. September

"DIENST FÜR DEN FRIEDEN" ORGANISIERT GESINNUNGSSCHNÜFFELEIEN BEI WEHR- UND ZIVILDIENSTLEISTENDEN

In den letzten wochen kursierte in mehreren städten der BRD ein fragebogen, der einen "teil einer soziologischen untersuchung" darstellt, welche angeblich den "entsprechenden entscheidungsstellen" dazu dienen soll, "wehr- und zivildienstleistende mit ihren sorgen konkret zu helfen". Die fragebogenaktion erfaßt laut epd 152/75 je 1.200 soldaten undZDL.

Was steckt hinter diesem politquiz, der keiner sein will? Geht es den herren wirklich darum, den wehrpflichtigen bei ihren "sorgen zu helfen"? Warum sperren sich dann diese "entscheidungsstellen" seit jahr und tag gegen jede materielle verbesserung und drohen bei jeder demokratischen willensäußerung von soldaten disziplinarstrafen an? Sollten sich diese herren, die uns tagtäglich schikanieren, so geändert haben? Wie sehr man sich um uns bemüht, zeigt das verhalten des regionalbetreuers in Kassel: ZDL, die sich weigerten, den fragebogen auszufüllen, wurden disziplinarstrafen angedroht.

Hier geht es um eine heuchlerisch aufgemachte schnüffelei, die die politische einstellung der wehrpflichtigen herausfinden soll. Man will wissen, wie sicher man vor den eigenen bewaffneten formationen ist, bzw. ob die kriegsdienstverweigerer noch in ihrem pazifistischen rausch schlummern.

Zum fragebogen selbst:

Von 131 fragen sind 50 politischer natur, 40 beziehen sich auf die persönlichkeit des aufüllenden. Unter punkt 2 in der einleitung heißt es:"Dieser fragebogen ist anonym. Das heißt, es läßt sich nicht feststellen, wer ihn ausgefüllt hat." Es werden fragen gestellt nach: truppenteil, dienstgrad wehrzeit oder nach dem zivildienst (anerkannt in erster oder zweiter instanz?); es wird nach dem alter, dem beruf vor der einberufung, dem gehalt, der ausbildung, nach dem geschwisterstand, der konfession, einer partei-, gewerkschafts-, vereinszugehörigkeit des interviewten gefragt; der beruf sowie das gehalt seiner eltern ist von interesse; auch die ungefähre einwohnerzahl der stadt, in der er gelebt hat, sowie seine personelle umgebung (verheiratet? lebte in einer wohngemeinschaft? etc.) werden ausgeforscht. Aufgrund dieser fragen läßt sich die identität des befragten leicht feststellen. Anonymität ist also nicht mehr gewährleistet!

Berufsverbot, meinungs- und gesinnungsschnüffelei, immer neue polizeikommandos gehören inzwischen wieder zum alltag. Vor diesem hintergrund werden folgende fragen gestellt: "Nr. 116. betrachten sie sich als anhänger einer bestimmten politischen partei ...?" Unter anderem stehen auch DKP und KPD zur wahl. In frage nr. 117 wird konkretisiert: "Sind sie mitglied einer politischen partei?". Zuvor mußten diese fragen beantwortet werden: "Nr. 26,13. 'marktwirtschaft', 'freiheitlich-demokratische grundordnung', 'rechtsstaat' usw. sind nur schlagwörter ohne inhalt, von denen sich viele deutsche blenden lassen". Hierzu soll man seine meinung in ein "meinungsthermometer" (+ 3 bis - 3) einordnen. Auch muß man sich nach der gleichen skala zu erkennen geben: "Nr. 49,13. Um diese gesellschaft nachhaltig zu verändern, muß man ein revolutionär werden und das system aktiv bekämpfen." Stimmt man beiden fragen zu, und gehört einer kommunistischen partei an, so dürfte der BND ein interesse daran haben, den befragten zu identifizieren. Also hat der, der hier ehrlich seine gesinnung wiedergibt, keine chance, einen beruf z.b. im öffentlichen dienst zu ergreifen; zudem muß er mit weiteren bespitzelungen rechnen.

"Füllen sie den fragebogen bitte zügig aus - ohne sich mit anderen zu beraten" heißt es in der einleitung weiter: "Überspringen sie bitte keine frage." Der ausfüllende soll nicht bei ihm gefährlich erscheinenden fragen verharren, sie hinterfragen oder sich gar beraten. Er soll überrumpelt werden. Das anhörungsverfahren kann für "staatsschützer" wesentlich erleichtert werden, liegt ihnen von der betreffenden person dieser ausgefüllte fragebogen vor.

Wer ist nun verantwortlich? Ein ominöser arbeitskreis "dienst für den frieden" soll es sein. Es wird jedoch nicht gesagt, wer in diesem arbeitskreis ist, welches programm, welche geschichte er hat. Projektleiter ist ein professor dr. Ernst Nagel, der in 5 Köln 80, Heimfriedweg 40 laut fragebogen wohnt. Nicht gesagt wird jedoch, daß dieser professor z.zt. an der Bundeswehrhochschule in Hamburg lehrt (epd 152/75; 12. 9. 75). Die verbindung zum staat, zum BND ist geschaffen. Auf den urheber dieser aktion weist die frage hin, "ob man außer dem paragraphen 218 noch ein reformprogramm der regierung kenne" (epd 152/75).

Jedoch ist es der staat nicht allein. Auch katholische kreise mischen kräftig mit. Sie wollen wissen: "Nr. 99. Dürfen wir sie fragen, wie oft sie im letzten jahr gebetet haben" - "Nr. 90,25. In der beschränkung der kinderzahl zeigt sich eine materialistische haltung" - "Nr. 90,26. Unsere kinder sollen nur von christlichen lehrern erzogen werden."

Jener arbeitskreis "dienst für den frieden" ist eine von der "römisch-katholischen deutschen bischofskonferenz" ins leben gerufene einrichtung (epd 152/75), (nicht zu verwechseln mit der "Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" - ein zusammenschluß evangelischer und ökumenischer friedensdienste.).

Man sieht, auf welche weise regierung und katholische kirche helfen wollen. Regierung und katholische kirche gegen das volk - die geschichte wiederholt sich. Wir fordern deshalb:

Schluß mit der bespitzelung von wehrpflichtigen!
Weg mit den berufsverboten!
Weg mit den disziplinierungsparagraphen im zivildienst- und wehrpflichtgesetz!
Sofortige einstellung der fragebogenaktionen!
Vernichtung sämtlicher bereits ausgefüllter fragebogen!
Veröffentlichung der namen aller an der aktion beteiligter personen und organisationen!
Für freie politische und gewerkschaftliche betätigung im zivildienst und bei der bundeswehr!

Soldaten- und Reservistenkomitee Darmstadt/Zivildienstgruppe Darmstadt, c/o M. Lube, 61 Darmstadt, Landwehrstr. 2

GIESSEN (ID)
September

ZIVILDIENSTLER VERDRÄNGEN HAUPTBERUFLICHE

In den hessischen krankentransport- und rettungsorganisationen wird zunehmend die tendenz sichtbar, hauptberufliche sanitäter durch zivildienstleistende (ZDL) zu ersetzen: So hat z.b. der vorstand des DRK-Kreisverbandes Friedberg anfang Juli zwei hauptberuflichen mitarbeitern aus dem krankentransport- und rettungswesen gekündigt. Die durch diese maßnahme geschaffene personalverknappung gedenkt der vorstand durch ebenfalls im krankentransport tätige ZDL auszugleichen. Als antwort auf diese entscheidung des vorstands weigerten sich die Friedberger ZDL weiterhin als fahrer tätig zu sein, um nicht weitere arbeitsplätze zu gefährden. seitdem wird den betreffenden ZDL massiv mit disziplinarmaßnahmen gedroht.

Das anliegen der kriegsdienstverweigerer (KDV) durch ihren dienst unmittelbar zu helfen und an der verbesserung der sozialen versorgung der bevölkerung mitzuwirken, wird zunichte gemacht, wenn hauptberufliche mitarbeiter durch den zivildienst ihren arbeitsplatz und damit ihre existenzgrundlage verlieren. Aufgrund des zivildienstgesetzes ist es den ZDL verwehrt, durch gezielte maßnahmen dem zivildienst seine arbeitsplatz gefährdende funktion zu nehmen, da sonst mit disziplinarischen folgen zu rechnen ist. Eine derartige praxis ist um so schwerwiegender, angesichts von über einer million arbeitslosen in der BRD.

Warum zivildienstleistende zunehmend hauptberufliche verdrängen, erklärt sich daraus, daß zur milderung der finanziellen misere der rettungsorganisationen verstärkt die billige arbeitskraft der ZDL eingesetzt werden soll (die bezüge entsprechen denen der grundwehrdienstleistenden).

Deshalb fordern ZDL:

- Sicherstellung der finanziellen mittel für das rettungswesen
- Keine gefährdung der arbeitsplätze durch den zivildienst.

Zivildienstleistende aus den kreisverbänden Marburg, Wetzlar, Friedberg, Alsfeld, Hochtaunuskreis, Gießen, Darmstadt.

KEHL/BRÜSSEL(ID) 9. September

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG KENNT KEINE GRENZEN

Unter dem motto "kriegsdienstverweigerung kennt keine grenzen" fand am 3. September 1975 auf der Europabrücke zwischen Kehl und Straßburg ein treffen französischer und deutscher KDVer statt. Zu dieser mehr oder weniger spontanen aktion, die auf die unzulänglichkeit der garantierung des rechts auf kriegsdienstverweigerung, sowohl in Frankreich als auch in Deutschland hinweisen sollte, kamen zwischen 40 und 50 kriegsdienstverweigerer von beiden seiten des Rheins.

In Frankreich wollen die kriegsdienstverweigerer die militarisierung des landes in allen ihren erscheinungsformen entlarven.

Nach einem langen kampf gibt es seit 1963 ein gesetz, das kriegsdienstverweigerer rechtlich anerkennt. "Junge leute, die vor ihrer musterung aufgrund ihrer moralischen oder religiösen überzeugung den persönlichen gebrauch von waffen unter allen umständen ablehnen", können durch einen brief an den verteidigungsminister um anerkennung bitten.

Nach artikel 50 ist aber die information über dieses gesetz verboten, die frist für die bitte sehr kurz (ein monat) und der ausschuß, der die motivation untersucht, ist vollkommen willkürlich und ohne kontrolle; jede bitte, die politischen charakter hat, wird abgewiesen.

Die anerkannten kriegsdienstverweigerer müssen dann einen zivildienst von zwei jahren ausüben: das erste jahr amtlich im allgemeinen in den wäldern (O.N.F.), das zweite jahr in einer der anerkannten organisationen. Er bleibt jedoch unter militärischer aufsicht; ohne meinungsfreiheit, versammlungsfreiheit und ohne streikrecht (erlaß von bregancon).

Deswegen lehnen zwei drittel aller kriegsdienstverweigerer diese unannehmbaren bedingungen des ersatzdienstes ab und machen sich somit strafbar. Sie fordern die aufhebung des erlasses von Bregançon und die freie wahl des zivildienstes.

Die transparente zogen sowohl die aufmerksamkeit der uniformierten "ordnungshüter" als auch der die brücken passierenden autofahrer auf sich. So waren innerhalb von 45 minuten mehr als 2.000 flugblätter an den mann (die frau) gebracht.

Obwohl die französischen zöllner krampfhaft versuchten, von der französischen seite aus den verkehr im fluß zu halten, hielten fast alle autos an. Nachdem dann endlich auch die deutsche polizei einige personalien ("für den fall eines Unfalls") festgestellt hatte, war nach einem gemeinsamen freundschaftlichen umtrunk das aktionsfeld auf den Straßburger Münsterplatz verlagert, wo die französischen freunde mit einem eindrucksvollen straßentheater auf die willkür der französischen justiz in sachen kriegsdienstverweigerung hinwiesen.

Die KDV-gruppe "International Collective Resistance" meldet aus Brüssel, daß französische militärgerichte mit billigung ziviler stellen verschärft gegen kriegsdienstverweigerer vorgehen. Gegen drei leute wurden strafen bis zu zwei jahren knast verhängt. Roland Schaer protestiert im knast von Metz mit einem hungerstreik gegen die verurteilung von zivilen kriegsdienstgegnern durch militärgerichte. Andere KDVs aus Frankreich, Holland und Italien unterstützen die kampagne.

MARBURG (ID) 28. August

VERFOLGTE KRIEGSDIENSTVERWEIGERER IN DER BRD

In Marburg hat sich ein "Arbeitskreis Kriegsdienstverweigerung" der sektion der BRD der internationalen gefangenenhilfsorganisation amnesty international konstituiert. (Adresse: AK KDV Gruppen 136 und 269, 355 Marburg, Joh.-Müller-Str. 19, Tel.: 06421/22017).

Die aufgabe dieses arbeitskreises ist, informationen über alle kriegsdienstverweigerer, die in der Bundeswehr und dort von arrest bedroht sind bzw. arrestiert oder gar mit zivilstrafen belegt wurden, zu sammeln und an das Internationale Sekretariat in London weiterzuleiten, das dann über eine betreuung durch AI entscheidet. Außerdem wird der arbeitskreis die situation in der Bundeswehr beobachten, um zu prüfen, ob und wann menschenrechtsverletzungen innerhalb der Bundeswehr vorliegen. Um möglichst alle betroffenen KDV erfassen und gegebenenfalls schritte zur unterstützung einleiten zu können, ist es wichtig, in allen bekannten fällen diesen arbeitskreis zu informieren.

FRANKFURT (ID)

VORSICHT BEI LINKEN FRAGEBOGENAKTIONEN

In unregelmäßigen abständen kursieren in der BRD fragebögen zu dem zweck, linke adressbücher oder ähnliches zusammenzustellen. Unter berücksichtigung aller guten absichten, die diesen projekten zugrundeliegen, sollte man sich gut überlegen, fragebögen auszufüllen, ganz besonders solche mit fragen nach weltanschauung, einkommen, häusliche organisation u.ä..

BREMEN (ID) september

BUCHLADEN IN BREMEN ERÖFFNET

Seit mai ist eine gruppe von undogmatischen linken bei, ein vergammeltes altes haus aufzumöbeln (Linienstr. 26). Inzwischen haben wir - lehrlinge, arbeiter, studenten - eine bücherstube fertig. Dort haben wir unsere bücher (zum teil) zusammengestellt, die allgemein zur verfügung stehen sollen (bibliothek). Aktuelle zeitungen (alternativ-) liegen hier aus, sollen von hier aus verbreitet werden. Neben dieser "öffentlichkeitsarbeit" haben autonome gruppen im haus die möglichkeit, zu arbeiten, untereinander in verbindung zu treten.

Wir wollen mit diesem projekt die selbstorganisation vorantreiben, indem wir sie praktizieren, eine basis für die politische zusammenarbeit schaffen. Als alternative zu den K-gruppen und dogmatenklüngeln am ort war das schon lange fällig. Wie das anwachsen der gruppe bisher zeigt.

FULDA (ID) September

BUCHLADEN "SOFA" ZERSTÖRT

In der nacht vom 30. auf den 31. August wurde in Fulda der buchladen "Sofa" zerstört. Ein offensichtlich geistig verstörter Mann hatte nachts die fensterscheiben eingeworfen und die bücher aus der auslage auf die straße geschmissen. Der schaden beträgt etwa 11.000 mark. Innerhalb der ersten acht monate waren wir soweit (wir verdienten ca. 8.000 mark durch jobs neben laden und studium), daß wir anfingen, rechnungen zu zahlen, wenn sie kamen.

Da die versicherung wahrscheinlich nicht zahlen wird, da es sich ihrer ansicht nach um eine "bloße zerstörung" handelt, sind wir dringend auf spenden angewiesen. Unsere eigene arbeitskraft ist bis zum extrem ausgebeutet, und wir sind noch nicht einmal mehr ansatzweise in der lage, die aufgaben des ladens in einem provinzort zu erfüllen, nämlich zentrum für politische gruppen zu sein, in Fulda das einzige, veranstalter und informator überregionaler kampagnen.

Deshalb spendet auf das konto 18 17 1 der Fuldaer kreissparkasse, SOFA-buchladen, 64 Fulda, Ohmstr. 14.

Welche leute, die musik, theater oder ähnliches machen, wären bereit, für ein projekt kommunikationszentrum in Fulda ein solidaritätsfest mitzugestalten???

ZUR LAGE IN PORTUGAL

LISSABON (ID)

ZUR SITUATION DER REPUBLICA

"Republica" zeitung der revolutionären linken in Portugal, ist in einer beschissenen situation. Wenn nicht innerhalb von drei woch 250.000 mark aufgebracht sind, ist diese wichtige waffe im kampf gegen die reaktion gestorben.

250.000 mark werden benötigt, um papier zu kaufen. Dies papier muß bar bezahlt werden, da beim papiermonopol noch 650.000 mark schulden aus republicas PS-zeit offen sind.
es gibt jetzt ein spezielles nationales Repuplica-konto.

Also: spendet auf dieses konto was ihr könnt, denn für die portugiesische revolution ist die Republica wichtig!

Hier das konto. kennwort: "Republica-Solidarität",
E. Hohenstein, kontonr. 77/49888/5
Frankfurter Volksbank e.G.

FRANKFURT (ID) 2. Oktober

VERTEIDIGUNG DER RUNDFUNKSENDER UND DER REPUBLIKA

Die bildung der VI. regierung unter Admiral Azevedo war ein wichtiger erfolg der konterrevolutionären kräfte, deren eigentliches ziel die zerschlagung aller formen von Poder Popular ist. Das bedeutet die entmachtung der arbeiterkommissionen, der bewohnerkommissionen, die entwaffnung der schon existierenden volksmilizen und wachsamkeitskommissionen und der revolutionären parteien PRP-BR, LUAR etc. und die rückgabe von Republica und Radio Renascenca an ihre "legitimen besitzer".

Der erste schritt dazu mußte die wiederherstellung der militärischen hierarchie und disziplin in der armee sein, um sie zum brauchbaren repressionsinstrument zu machen.

Die auflösung der 5. abteilung des generalstabs, der für die dynamisierungskampagne verantwortlich ist, die umstrukturierung der MFA-vollversammlung zugunsten von reaktionären berufsoffizieren, die versetzung progressiver offiziere und einheiten nach Angola und ihre ersetzung durch unpolitisierte d.h. reaktionäre einheiten und berufsoffiziere zielen genau darauf hin.

Die revolutionären kräfte, um die es nach den großen demonstrationen vom 20. und 27. August in der bürgerlichen presse recht still geworden ist, antworten darauf mit neuen großen aktionen. Eine linksradikale einheit der militärpolizei weigert nach Angola verschifft zu werden und demonstriert in Lissabon. In Porto geben maskierte soldaten auf einer pressekonferenz die gründung der clandestinen soldatenorganisation SUV (soldaten vereint werden siegen) bekannt, ihre kommuniques und aufrufe werden von Radio Renascenca, Republica u.a. verbreitet. Am 10. September führt die SUV, unterstützt von zahlreichen basisorganen und politischen organisationen, in Porto ihre erste demonstration durch - mit mehreren zehntausend teilnehmern. Daraufhin verbreitet sich die SUV sehr schnell in allen portugiesischen kasernen, besonders in den linken einheiten von Lissabon, RAL 1, militärpolizei (PM), RIOQ Pionierabteilung und marineinfanterie.

23. September: Der kommandant der kaserne in Mafra läßt zwei soldaten festnehmen, die SUV-flugblätter verteilt haben, auf denen die entfernung der reaktionären offiziere gefordert wird.

24. September: Die SUV, unterstützt von 40 arbeiterkommissionen, darunter die großbetriebe Lisnave, Sorefam, Siderurgia, National etc. den Moradoreskommissionen und den bauernorganisationen aus dem Alentejo organisiert eine demonstration, an der 10.000 soldaten aus ganz Portugal trotz verbot in uniform und mit militärfahrzeugen und 6.000 zivilisten teilnehmen. In 70 autobussen der nationalisierten transportbetriebe Carris, die mit einverständnis der fahrer beschlagnahmt wurden und begleitet von jeeps der militärpolizei setzt sich der riesige zug in richtung Trafaria in bewegung, um dort das gefängnis mit den beiden verhafteten soldaten zu belagern. Vor dem gefängnis erklärt ein vertreter der SUV: "Wir alle sind arbeiter, auch wenn wir stahlhelm und uniform tragen, werden wir genauso ausgebeutet, wie die arbeiter und bauern. Es ist daher unserer aller aufgabe, die sozialistische revolution zu machen und den kapitalismus zu zerschlagen."

25. September: General Otelo de Carvalho ordnet die freilassung der zwei unteroffiziere an.

Am gleichen tag wird ein kommunique des in den untergrund gegangenen Kapitäns Fernandes bekannt gegeben, in dem er sich für das verschwinden der mehreren tausend G3-schnellfeuergewehre verantwortlich erklärt. Sie seien für die bewaffnung der organisierten arbeiter und bauern vorgesehen, zur verteidigung des revolutionären prozesses.

Großes gewicht innerhalb der streitkräfte hat auch die entschiedene ablehnung der VI. regierung durch die ADFA (Organisation der kriegsverletzten), die eine rollstuhldemonstration vor dem Belem-Palast veranstaltet. Die ADFA glaubt, daß selbst reaktionäre einheiten niemals gegen sie vorgehen würden.

Als antwort auf diese hochgradige zersetzung der armee beschließt der revolutionsrat die auflösung des Copcon und die schaffung eines neuen einsatzkommandos, dem "zuverlässige" unterstellt werden sollen (also nicht RAL 1 etc.).

27. September: Nach der ermordnung der fünf spanischen genossen werden in Lissabon das spanische konsulat und die botschaft angegriffen und in brand gesteckt, ebenso in Porto das konsulat. Die nachricht von der hinrichtung und die aufrufe zu den demonstrationen wurden von Radio Renascenca und Radio Clube Portugues national verbreitet. Ebenso kommuniques von allen revolutionären organisationen.

Montag, 29. September: Um acht uhr morgens besetzen truppen auf befehl Azevedos alle radiostationen des landes, mit der begründung, die informationsorgane seien nicht mehr "frei, fortschrittliche und patriotisch" und verbreitete appelle zur disziplinsverweigerung. An der besetzung beteiligten sich sowohl linke als auch reaktionäre einheiten, wobei unbestätigte berichte behaupten, daß Carvalho nach kenntnis des vorhabens linken Copcon-einheiten den befehl zur besetzung erteilt haben soll, um zu verhindern daß nur reaktionäre truppen in den radiostationen sitzen.

In allen radiostationen protestieren sofort die arbeiter und journalisten. Bei Radio Clube Portugues weigern sich die arbeiter, das kommunique des präsidenten zu verlesen. Der befehlsführende offizier muß es selber tun. Die soldaten dagegen verbrüdern sich mit der arbeiterkommission von Radio Clube Portugues und verbreiten ihr eigenes kommunique.

Bei Radio Renascenca passiert das gleiche, das kommunique wird gar nicht verlesen. Radio Emisora National, das von reaktionären truppen besetzt ist, sendet nur klassische musik, zeitweise unterbrochen vom kommunique des präsidenten.

Gegen mittag rufen FUR, UPD, PRP und MDP-CDE alle militanten und arbeiter auf, die arbeit niederzulegen und zu den radiostationen zu gehen, um sie zu schützen; das kommunique wird über Radio Renascenca und Radio Clube Portugues verbreitet. Die PCP dagegen zeigt sich erstaunt, daß die besetzung ohne ihr einverständnis getroffen wurde und warnt vor einer rechtswendung der regierungspolitik und der "Demagogie unverantwortlicher linksradikaler elemente".

Am nachmittag sammeln sich vor dem informationsmini- ministerium mehrere tausend demonstranten, darunter Lisnave arbeiter im blaumann und mit helm und rufen: "Die informationsorgane im dienst des volkes". Ein arbeiter erklärt: "Die arbeiterklasse ist bereit zu den waffen zu greifen, um die revolution zu verteidigen."

Als Otelo de Carvalho um 17. uhr im informationsministerium erscheint, wird er als klassenverräter beschimpft, den gleichen vorwurf erheben die arbeiter von Radio Renascenca und Radio Clube Portugues, mit denen er im ministerium verhandelt. Nach vergeblichem versuch einer rechtfertigung der besetzungsmaßnahme erklärt Otelo: "Wenn die arbeiter unbedingt die macht übernehmen wollen und glauben, dafür vorbereitet zu sein, so überlasse ich sie ihnen, aber ich trage ab sofort keine verantwortung mehr." Darauf ein arbeiter: "Die arbeiterklasse braucht sie, und sie haben kein recht, irgendeine verantwortung niederzulegen."

Dienstag, 30. September: Um drei uhr morgens gehen die verhandlungen im Informationsministerium und im Belem-Palast ergebnislos zu ende. Um vier uhr verstummt Radio Renascenca, weil reaktionäre fallschirmtruppen, die frisch aus Angola und Amadora zurückgekehrt sind, die sendeanlagen die sich nicht in der nähe der studios befinden, besetzt und abgeschaltet haben. Offizieller grund: das kommunique wurde nicht verlesen. Am abend organisiert die PS und mit ihr die gesamte rechte eine demonstration zur unterstützung der regierung, an der zehntausende teilnehmen, darunter viele Angolaflüchtlinge. Als die demonstration bei Radio Emisora National vorbeizieht, kommt es zu schweren auseinandersetzungen mit den arbeitern und soldaten, die die station besetzt halten. Die armee interveniert mit tränengas und MP-salven. Später versuchen PS-Demonstranten, die Republica zu besetzen. Das wird aber verhindert, weil militärpolizei auf anruf der arbeiter ohne befehl zu ihrem schutz erscheint, und weil arbeiter der werft Lisnave und Settenave und anderer Lissaboner betriebe, bewaffnet mit stöcken, ketten und anderen improvisierten waffen, die anrückende polizei bzw. nationalgarde (GNR) erwarten, zu deren empfang sie barrikaden errichtet haben.

Mittwoch, 1. Oktober: Die regierung ordnet den rückzug der truppen aus den radiostationen an. Bei Radio Renasvenca, Radio Clube Portugues und Radio Emisora National verweigern die truppen dies. Der befehlshaber bei Radio Emisora National behauptet, dafür die zustimmung Carvalhos zu haben. Erst als die regierung versichert, daß keine reationären polizeitruppen ihren platz einnehmen würden, ziehen die soldaten aus Radio Clube Portugues und Radio Emisora National ab, Radio Renascenca dagegen bleibt weiterhin besetzt.

Die berichte stützen sich auf informationen aus Politique Hebdo, Liberation und Le Monde, sowie auf das gespräch mit Luis Saraiva, redakteur der Republica, der am mittwoch in der ID-redaktion über die ereignisse berichtet hat (siehe auch Republica-aufruf).

INTERVIEW MIT ZWEI COPCON-OFFIZIEREN

Zum besseren verständnis der ereignisse der letzten wochen (regierungsbildung, dokument der "neun" - ID 94 -, die bildung der FUR - vereinigte revolutionäre front -) und der der letzten tage (besetzung der sender durch das militär) bringen wir die übersetzung eines interviews in auszügen, das die französische tageszeitung "Liberation" bereits anfang September 1975 mit zwei offizieren des Copcon, major Tome und Capitaine Matos Gomes geführt hat.

Wir haben noch drei monate zeit, um den sieg der soldaten zu organisieren.

1. Der rückzug in die kasernen

- Wie sieht die einheit in der armee nach der versammlung von Tancos und dem sieg des kommandanten Melo Antunes aus? Was werden nun die offiziere des Copcon machen?

Major Tome:

Man kann die einheit der streitkräfte nicht nur nach politischen gesichtspunkten beurteilen. Alle positionen, die von der gruppe der offiziere der "neun" verteidigt werden, sind bürgerliche standpunkte, die nicht die soldaten vertreten. Um die einheit der streitkräfte einschätzen zu können, muß man die tatsache berücksichtigen, daß die soldaten nicht losgezogen sind, andere soldaten, andere regimenter zu bekämpfen. Und selbst in den regimentern, wo wir in der minderheit sind, gibt es genügend soldaten und offiziere unserer meinung, die die anderen aufklären. Die "neun", die sozialdemokratie und der faschismus rücken durch versammlungen vor, die nicht die interessen der soldaten und des volkes wiedergeben. Unsere wichtigste aufgabe ist derzeit, die soldaten gegen die reaktionären offiziere zu mobilisieren und die demokratisierung in den regimentern zu fördern. Wir wollen, daß es diejenigen soldaten sind, die immer mehr durch die ADU (versammlung der delegierten der einheiten) und die generalversammlung das heft in die hand nehmen. Und das ist nicht unvereinbar mit der in einer armee notwendigen disziplin. Die disziplin wird dann wirklichkeit, wenn die soldaten die möglichkeit haben werden, ihre kommandanten zu wählen. Sie werden diesen kommandanten ge-

horchen, weil er von der basis anerkannt sein wird. Ich glaube, daß dies die einzige richtung ist, die vermeiden kann, daß mein land in den faschismus abgleitet.

Diese richtung beinhaltet, daß diese demokratische organisierung der regimenter eingefügt werden muß in die bewegung der vereinigten basis- und volksorganisationen.

Die "neun" wollen die idee aufrecht erhalten, daß es die MFA ist, die die revolution führen muß. In wirklichkeit sind die fortschrittlichen offiziere, die den 25. April gemacht haben, mittlerweile durch die revolution überholt worden. Ich glaube, daß das portugiesische proletariat der neuen regierung zeigen wird, daß die avantgarden irgendwo anders sein werden, als in der MFA.

Capitaine Matos Gomes:
Wir sind in einer situation des rückzugs. Deswegen haben wir den militärs vorgeschlagen, in die kasernen zurückzukehren. Wir haben diesen vorschlag der versammlung der landstreitkräfte gemacht: Der kampf zwischen den "neun" und den "Goncalvisten" ist ein kampf zwischen militärs, die an die macht wollen. Das berührt uns nicht. Er hat nichts mit dem interessen des volkes zu tun. Die militärs sind unfähig zu regieren. Gegenwärtig ist es vorzuziehen, eine bürgerliche und aufgesetzte regierung zu haben. Wir ziehen eine rechtsregierung vor. So können die militärs in die kasernen zurückkehren um sich zu reorganisieren und dort eine gegenmacht aufbauen. Wir sind offensichtlich besiegt worden, da dieser vorschlag zurückgewiesen wurde. Und das ist ganz einfach ein agitationsthema. Gleichzeitig vermittelt das den revolutionären offizieren die einsicht, daß die MFA am ende ist. Ihre historische rolle ist erfüllt. Die MFA als militärische avantgarde, als einheitlicher block gibt es nicht mehr. Das ist ein grundsätzlicher widerspruch zu den "neun", die die vorstellung aufrechterhalten wollen, daß die MFA immer noch die militärische avantgarde ist, daß es die MFA ist, die das revolutionäre modell in Portugal ausführen muß.

In wirklichkeit haben die "neun" angst von den rechten überholt zu werden. Charais, der die zentrale militärregion kommandiert, hat Tome und mich gebeten, nächste woche in Coimbra über unsere vorstellungen zu reden. Charais ist sehr anständig. Als wir mit den "neun" diskutierten, hat Charais, einer der "neun", gesagt: "Wenn sie die gesetzgebenden wahlen zum schwerpunkt machen, mache ich die revolution. Aber wenn sie die wahlen grundsätzlich angreifen, habe ich in Coimbra nichts zu tun." Denn für die "neun" hat die reorganisation des staatsapparats vorrang vor gesetzgebenden wahlen. Wir dagegen sagen: man muß die volksmacht an der basis organisieren um die macht des staates wieder herzustellen. Die politischen parteien haben das ganze portugiesische volk gespalten. Deswegen müssen sich die leute in kommissionen versammeln können, um ihre konkreten probleme ohne parteienstreit lösen zu können. Man muß heute die örtliche volksmacht entwickeln, die den staatsapparat zwingt, sich langsam zu ändern.

2. Die übereinstimmung zwischen den "neun" und dem Copcon

- Wie sind die diskussionen zwischen den "neun" und ihnen verlaufen?

Capitaine Matos Gomes:
Auf der einen seite gab es Costa Neves, Vitor Crespo und Vasco Mourenco Lourenco. Auf der seite des Copcon war es Otelo de Carvalho, Real D'Almeida, kommandant von Ralis (ehemals RAL 1) und ich. Das, was mich zuerst erstaunt hat, war eine politisch verkommene sprache. Crespo hat das programm der "neun" folgendermaßen beschrieben: "ein europäisches programm der radikalen linken". In diesem programm waren in kürze gesetzgebende wahlen vorgesehen, eine repräsentative regierung, die alle im land herrschenden meinungen vertritt und ausdruck des volkswillens ist, der sich in der wahl zur verfassunggebenden versammlung ausdrückt. Es wäre dann schließlich nötig, daß die repräsentanz aller meinungen auf der ebene der gemeinden zur bedeutung kommt. Die verfassunggebende versammlung hätte dann eine unkritische rolle gehabt. Das programm führte schließlich aus, daß es notwendig wäre, die zeitungen und radiostationen für 14 tage zu schließen, um sie zu reorganisieren.

Wir haben ihnen gesagt, daß wir die ideologie ihres programms ablehnten, aber da sie an die macht wollten, da sie die regierung bereits zusammengestellt und die einheiten in erhöhte alarmbereitschaft versetzt hatten, haben wir nur einige anmerkungen zur verbesserung ihres plans gemacht Aber es bestand keine gemeinsame ebene. Es war keine verhandlung möglich.

Das Copcon-Dokument wäre eine revolutionäre lösung, um alle demokratischen und volkskräfte zu vereinigen. Wenn wir eine verbindung mit den "neun" eingegangen wären, um die macht zu erlangen, hätten wir das vertrauen der arbeiterkommissionen mißbraucht. Im augenblick sind in portugal die bedingungen, damit das proletariat die macht übernimmt, nicht vorhanden.

3. Der sieg der "neun"

- Die "neun" haben die frage der ordnung und der disziplin gegenwärtig zum hauptproblem gemacht. Ist es nötig zu unterdrücken um die ordnung wieder herzustellen?

Major Tome:
Unsere rolle wird sein, die repression zu verhindern und die demokratischen errungenschaften der soldaten zu verteidigen. Deswegen müssen wir unseren kampf an der basis der streitkräfte entwickeln, um sie wiedererstarken zu lassen. Die gefahr der säuberung ist sehr wahrscheinlich. Wir haben vielleicht noch drei monate zeit, um den sieg der soldaten zu organisieren, in gang zu bringen. Die offiziere, die nicht revolutionär sind, sind in der regel keine faschisten, aber sie könnten gebraucht werden. Davon abgesehen, daß es die gefahr gibt, daß der generalstab der streitkräfte fortschrittliche offiziere von gewissen einheiten abzieht. Das einzige mittel zu verhindern, daß diese offiziere nicht zur konterrevolution übergehen, ist den sieg der soldaten zu organisieren. Das ist auch die einzige lösung, um zu verhindern, daß die streitkräfte sich nicht gegen die arbeiter wenden.

Capitaine Matos Gomes:
Der faschismus ist der hauptfeind und er ist ziemlich nahe. Die rechten antifaschistischen militärs mit dem wunsch nach ordnung und autorität können ihnen die tür öffnen.

4. Die fehler der revolutionäre

-Welches sind die fehler, die sie als revolutionäre Offiziere im laufe des prozesses gemacht haben?

Major Tome:
Wir wollten die revolution mit einer bürgerlichen armee, bürgerlichen offizieren und einer bürgerlichen koalitionsregierung machen. Eine ganze zeit lang war die MFA effektiv daran beteiligt, zwar ohne gut beschriebene politische linie, aber mit viel gutem willen, die einheit der streitkräfte vorwärtszutreiben.

Die fehler liegen ganz einfach im ausbleiben der rev[illegible]tion. Die revolution tritt einzig und allein in den ve[illegible]edenen gremien au[illegible]. Den worten nach sind wir schon in der klassenlosen gesellschaft. In wirklichkeit kontrollieren die arbeiter immer noch nicht die produktion in den nationalisierten betrieben. Dieses auseinanderklaffen zwischen den worten und den taten hat seinen ursprung im widerspruch zwischen der MFA und dem volk, der vor einigen monaten aufgetaucht ist.

Nehmen wir den fall der kulturellen dynamisierungskampagne. Sie hat positive seiten gehabt, aber man muß auch die negativen seiten sehen. Die kader dieser dynamisierungskampagne waren junge offiziere ohne politische vorbereitung, einfach mit den ideen der am einflußreichsten politischen parteien im kopf. Die meisten der jungen offiziere waren zu der zeit nicht bescheiden. Und es ist tatsächlich vorgekommen, daß die gebräuche und lebensgewohnheiten der bauern von ihnen angegriffen wurden. Das hat negative folgen für die einheit zwischen dem volk und der MFA gehabt. Und offensichtlich haben die bürgerlichen parteien von alledem profitiert. Vor allem mit den wahlen zur verfassunggebenden versammlung haben sie tatsächlich den weg zur macht eingeschlagen. Sie haben die fehler der MFA und den alten antikommunistischen virus des faschismus und den schaden, hervorgerufen durch den dirigismus der KP, ausgenutzt. Diese ganze offensive gegen die KP hat den faschistischen positionen gegen den kommunismus freie bahn gegeben. Von agitatoren manipuliert, hat das volk nicht gespürt, daß die revolution fürs volk ist. Unsere irrtümer liegen in der art und weise der übereinstimmung, die wir zwischen politischem und militärischem generalstab gehabt haben. Wir haben zu großes vertrauen in die strukturen der MFA und die fähigkeiten seiner versammlung die grundlegenden probleme zu lösen, gehabt. Wir haben glei[illegible]chermaßen zu viel vertrauen in die chefs der MFA gelegt, während sie sich ... dem permanenten kompromiß bewegten, mit dem ideal vor augen, das unvereinbare zu vereinbaren. Tatsächlich erfüllen sie nicht ihre revolutionäre aufgabe. Dinis de Almeida (Chef von RALIS) sagt oft: "Wir haben ihnen die kraft gegeben und sie haben sie verschleudert. Sie haben nichts daraus gemacht. Jetzt müssen wir glauben, daß sie nicht mehr wollen."

-Ist Otelo de Carvalho auch mit dieser kritik gemeint?

Major Tome:
Ja, Otelo und Fabiao gleichermaßen.

5. Der kampf der presse

- Der kampf um die pressefreiheit hat eine wichtige rolle in dieser krise gespielt. Haben sie die rolle dieses kampfes nicht unterschätzt?

Major Tome:
Heute haben wir die zeitungen, die von der KP, von der PS oder den rechtskräften beherrscht werden: Tempo, A Luta, Expresso etc ... Wir haben auch eine regionale presse, die fast ganz in den händen der reaktion ist. Und für viele war, besonders in der presse, die Allianz PS / MRPP bei den gewerkschaftswahlen ein mittel gewesen, um sich von der vorherrschaft der KP zu befreien. Im allgemeinen haben die "neun" die zustimmung von vielen offizieren gehabt, für die das dokument von Melo Antunes die einzige alternative war, um aus diesem bestimmenden einfluß der KP zu entkommen. In bezug auf diese situation haben wir das Copcon-dokument erarbeitet. Das gab ein gegengewicht zu dem Antunes-papier, weil es sich traute, eine radikale kritik an der KP zu üben, um mit ihrer kontrolle des staatsapparats schluß zu machen und gleichzeitig die populärste lösung der krise vorzuschlagen.

Capitaine Matos Gomes:
Die kleinbourgeoisie hat angst davor, opfer der revolution zu sein. Und wir haben es nicht verstanden, ihnen eine alternative der veränderung zu geben. Dennoch beherrschen wir die massenmedien nicht. Die

5. division des generalstabs z.b. hat widerspruch im volk hervorgerufen. Dies ist eine lehre, die wir aus der krise ziehen: daß man die volksrevolution nicht machen kann, ohne die soziale kommunikation zu kontrollieren. Denn in der ganzen ersten phase des prozesses war es die KP, die die zügel in der hand hatte. Die KP bestimmte, weil wir nach dem 11. März vollständiges vertrauen in den revolutionsrat hatten. Es gab differenzen, und das war genau das, was wir positiv fanden. Wir waren blind, denn wir sind keine berufspolitiker. In der politik sind wir amateure.

Die presse, die man frei nennt, ist engagiert. Sie ist für den kapitalismus engagiert. Wenn die presse nationalisiert ist, versteht sie sich nicht in ihrer rolle. Sie hat parteiinteressen zu verteidigen und nicht die des volkes.

6. Das Copcon und die revolutionäre linke

- Wie war eure übereinstimmung mit der extremen linken während der krise gewesen und welche lehren zieht ihr aus dieser gemeinsamen arbeit?

Capitain Matos Gomes:

Jeden tag während einer woche (vom 18. bis 22. August) haben mehrere offiziere des Copcon kontakt mit PRP-Br, LUAR, UDP, MES, FSP und einer gruppe in Porto "1. Mai" gehabt. Am freitag um zwei uhr haben wir gesagt: Jetzt ruht man sich erst einmal aus und am Montag trifft man sich wieder. Am Montag wird man eine zusammenkunft mit den führern der mieterkommissionen und der arbeiterkommissionen machen und eine plattform ausarbeiten. Und dann sagt uns ein militanter: "Die front steht und die KP ist in der front. Übrigens sind alle im militärsoziologischen zentrum versammelt". Wir vom Copcon sind überrascht gewesen. Als die UDP darüber informiert wurde, daß die KP an der front teilnimmt, hat sie sich entschieden, wieder zurückzutreten. In der tat ist die KP aus der front ausgetreten, ohne daß wir darüber diskutieren . Eine gewisse zahl von uns war gegen den eintritt der KP gewesen und für die teilnahme der UDP. Die KP verfolgt eine sehr opportunistische Taktik. Sie ist eine maschine, die die macht im staatsapparat will, und wir wissen, daß sie keine revolutionäre partei ist.

Das dokument des Copcon war eine linke alternative für das volk, das sich sehr oft auf eine sehr klare art und weise in widerspruch zur KP setzte. Es war ebenso eine alternative für die politisierten massen, die sich ihrem dirigismus widersetzten. Die teilnahme der KP an der front war ein verrat an der übereinstimmung zwischen allen den personen, die sich im dokument des Copcon wiederfanden.

Major Tome:

Die extreme linke ist noch nicht soweit, eine massenorganisation von entscheidender wichtigkeit aufzubauen, die ein effektives vorwärtskommen garantieren könnte. Aber durch ihre ideologie, durch ihre praxis sind sie deijenigen, die tatsächlich die massen in den volksorganisationen organisieren können. Als revolutionäre offiziere, verbunden mit den soldatenorganisationen sind wir gegenüber der revolutionären linken in einer besonderen position, die es uns erlaubt, über den vorstellungen der einzelnen organisationen zu stehen. unser handeln muß eine synthese aus den positiven praktiken der extremen linken sein.

AUSLAND

ATHEN (ID) DIE PROZESSE GEGEN DIE FASCHISTEN

August/September

Kleckerweise wird in Griechenland mit der junta abgerechnet. Nachdem der oberste gerichtshof entschieden hat, es läge lediglich ein zeitlich begrenztes (auf den 21. April 1967) verbrechen vor, sollten nur die hauptverantwortlichen für den putsch zur rechenschaft gezogen werden.

So blieb es privater initiative überlassen, beispielsweise die folterer vor gericht zu bringen: wegen amtsmißbrauch und körperverletzung - andere, angemessenere paragraphen gibt es nicht.

in dem ihm aufgezwungenen prozeß versucht das militärgericht, die tatsachen zu verschleiern. So stehen mit den 32 angeklagten nur ein kleiner teil der folterer vor gericht. Als zeugen wurden vor allem prominente des bürgerlichen widerstandes ausgewählt: abgeordnete der regierungspartei, professoren und höhere militärs. Weitere verhandlungen sollen - wieder auf private initiative hin - folgen. Mit der methode, einer kleinen anzahl von folterern einige, möglichst prominente opfer gegenüberzustellen, wird man weiterhin zu verschleiern versuchen, daß von den verhaftungen und folterungen hauptsächlich linke studenten und arbeiter betroffen waren.

Entsprechend treten die schergen der junta, die mörder und folterer auf. So sagte ein bulle der politischen polizei vor gericht: "Ach, wissen sie, wir haben vielleicht mal dem einen oder anderen einen kleinen klaps gegeben, aber folterungen? Im gegenteil, wir brauchten gerade viel einfühlungsvermögen für unsere häftlinge, um etwas zu erfahren. Das war eine überaus anstrengende, aber auch abwechslungsreiche tätigkeit!" Man wird ihn wegen körperverletzung verurteilen: ein jahr, vielleicht auch nur ein paar monate ...

Aufgrund des urteils des obersten gerichts haben die juntaangehörigen und kollaborateure in polizei, militär, verwaltung, hochschulen, schulen, justiz usw. nichts zu befürchten.

Papadopoulos, der in "haft" mit den anderen obristen auf seine begnadigung wartet, erklärt unterdessen, daß er nicht lange im gefängnis sein werde und bald wieder politisch aktiv werden könne. Man geht davon aus, daß die obristen genug druckmittel-dokumente über regierungsmitglieder, die USA und den CIA haben, um ihre begnadigung zu erpressen.

Die opposition wandte sich in reden und presseerklärungen fast einstimmig gegen die begnadigung. Andreas Papandreou forderte neuwahlen und rief die mitglieder der PASOK auf, im ganzen land eine kampagne gegen die begnadigung einzuleiten, verbunden mit der kritik an der Zypern-politik der regierung und an der undemokratischen verfassung; für viele unverständlich finden aber noch keine größeren offensiven aktionen gegen die begnadigung statt. Die einzige ausnahme war eine kundgebung am 25. August vor der universität, an der 150 studenten teilnahmen.

ATHEN (ID) MÜTTER VON JUNTAOPFERN IM HUNGERSTREIK

2. September

Die mütter von 64 oppositionellen, die in den jahren des faschismus unter merkwürdigen umständen ums leben kamen und deren tod als selbstmord ausgegeben wurde, haben anfang september vor dem polytechnikum in Athen einen zweitägigen hungerstreik gemacht. Mit dieser aktion wollten sie ihren forderungen nach aufklärung der todesursachen, bestrafung der schuldigen und säuberung des staatsapparates von juntaangehörigen und kollaborateuren nachdruck verleihen.

Der bund griechischer mütter hatte sich schon am 25. august gegen eine begnadigung der obristen gewandt und die vollstreckung der urteile, "entjuntafizierung" und verbot der faschistischen organisationen gefordert.

ATHEN (ID) WILLKÜR VON POLIZEI UND JUSTIZ

5. September

Drei mitglieder einer sozialistischen jugendorganisation werden beim plakatekleben ("Solidarität mit dem kampf des portugiesischen volkes") festgenommen. Angehörige der organisation "für eine proletarische linke" beobachteten dies zufällig. Sie protestierten gegen das eingreifen der polizei. Während der diskussion gelingt es den plakateklebern zu verschwinden. Die genossen jedoch, die eingegriffen hatten, werden verhaftet und angeklagt. Gefangenenbefreiung, widerstand gegen die staatsgewalt, beamtenbeleidigungen, rowdytum etc. das heißt im Griechenland des Karamanlis zwei bis drei jahre gefängnis.

Auch in diesem fall erwartet man schnellprozesse, wie sie schon nach den straßenschlachten vom 23./24. Juli 1975 in Athen gegen fünf arbeiter und studenten geführt wurden. Bis zu zwei jahre werden diese ersten politischen gefangenen nach dem sturz der junta im gefängnis sitzen.

Die mobilisierung gegen den terror der klassenjustiz ist gering. Der widerstand gegen die verhaftung der mitglieder der organisation "für eine proletarische linke" formiert sich um ein komitee (kundgebungen, flugblätter vor den fabriken und im stadtzentrum.

12. September

Zu zehn jahren gefängnis wurde ein soldat von einem militärgericht verurteilt, weil er in den jahren der faschistischen diktatur während seines wehrdienstes ins ausland floh. Er kam zurück, um den rest der ausbildungszeit in der armee abzuleisten.

12. September POLIZEI WIRD FÜR DEN STRASSENKAMPF GEDRILLT

In der nähe von Athen werden griechische polizisten in einem ausbildungslager für den straßenkampf gedrillt; die offiziere der polizisten werden in Frankreich von den schlägertrupps CRS für den bürgerkriegseinsatz geschult. Gegen kämpfende arbeiter wird dieser apparat bereits eingesetzt. Anfang September knüppelten polizisten auf entlassene mitglieder des basissyndikats einer werft in Elensis (nahe bei Athen) ein, die ihre kollegen mit flugblättern zum widerstand gegen den terror der kapitalisten aufriefen.

KAVALA (ID) DIE RECHNUNG OHNE DIE ARBEITER GEMACHT

20. August

Die geschäftsleitung der deutschen firma "Livona-Hellas" (lederverarbetung) in Kavala in Nordgriechenland hat am 18. August wegen "gestiegener lohn- und energiekosten" beschlossen, die fabrik kurzerhand für zwei monate zu schließen. Die über 200 griechischen arbeiter sollten für diese zeit ohne entschädigung ausgesperrt werden. Unter dem druck der belegschaft und der gewerkschaft sah sich der griechische arbeitsminister letztlich gezwungen, die geplante schließung zu verhindern.

ATHEN (ID) — VERBRAUCHERSTREIK GEGEN FLEISCHPREISE
8. September

In der woche vom 8. bis 19. September fand zum ersten mal in Griechenland ein kaufstreik statt. Die fleischpreise waren mit der zeit auf fast das doppelte des staatlich festgesetzten preises gestiegen. Importeure, zwischenhandel und geschäfte berechneten jeweils eine zusätzliche gewinnspanne.

Diese illegale praxis konnte vom staat nicht mehr kontrolliert werden, zumal sich die griechischen aufsichtsbehörden traditionsgemäß lieber mit anderen sachen als mit verbraucherschutz beschäftigen. Das zweite ziel des boykotts war die vernichtung einiger fleischlieferungen, die unter der junta nicht ordnungsgemäß geprüft und vermutlich verdorben eingeführt worden waren. Den boykottaufruf hatte Griechenlands verbraucherorganisation gestartet, die zwar noch sehr klein an finanzen und mitgliedern ist, aber sehr konsequent arbeitet. Der aufruf, von den meisten zeitungen unterstützt, fand starke resonanz. Im laufe der woche ging der fleischverkauf um 90 % zurück. Die vernichtung der junta-importe wurde zugesagt, die preise fielen z.t. noch unter den staatlich festgesetzten preis.

LONDON (ID) — "FREE GEORGE DAVIS" - EINE UNGEWÖHNLICHE KAMPAGNE
30. September

An unzähligen wänden der londoner arbeiterviertel im east-end begegnet man parolen wie: "George Davis ist unschuldig", "gerechtigkeit für Davis", usw. Mit hilfe einer beispiellosen und einfallsreichen kampagne konnte erreicht werden, daß der fall eines unschuldig verurteilten und die mehr als dubiosen ermittlungspraktiken der polizei in der öffentlichkeit bekannt und diskutiert wurden.

Am 4.april 1974 wurde ein bewaffneter raubüberfall auf ein verwaltungsgebäude der londoner elektrizitätswerke verübt. Zwei zivile polizisten, die aus weis was für gründen auch immer, in der nähe des gebäudes parkten, verfolgte den überfall, knipsten sogar ein paar erregt verwackelte bildchen und riefen sofort verstärkung. Danach begann eine filmreife verfolgungsjagd durch ost-london mit mehrmaligem autowechsel, den verlust der beute und unter sirenengeheul dahinbrausenden polizeiwagen. Zwei polizisten wurden verletzt. Die täter konnten alle entkommen.

Vermuten läßt sich, daß die "cops" einen tip über den geplanten raub erhalten hatten und mit zivilen und uniformierten polizisten eine sofortige verhaftung planten. Um so ärgerlicher für sie, daß ihnen alle entwischten. Um diese schlappe wieder gutzumachen, mußten sie schon aus prestigegründen irgendwo, irgendwie, irgendeinen täter ausfindig machen.

Unter insgesamt fünf von der polizei verdächtigten war auch George Davis. Zweimal wurde er in aller hergottsfrühe nach seinem alibi gefragt, zweimal konnte er das auftragsbuch von seiner taxifirma vorlegen, für die er zu der angegebenen zeit nachweislich fahrten gemacht hatte. Beim dritten mal wurde er verhaftet. Bei einer gegenüberstellung, zu der elf von sechzehn bei der verfolgung beteiligten polizisten als zeugen geladen waren, "identifizierten" vier cops ganz unterschiedliche leute, und nur drei behaupteten, George Davis bei der hektischen fluchtfahrt gesehen zu haben. Hauptsächlich aufgrund dieser drei polizeiaussagen - andere wichtige tatzeugen gehört oder entlasteten Davis sogar, wurde er zu insgesamt 20 jahren knast verurteilt! Seine vier mitangeklagten, gegen die genausoviel, d.h. genauso wenig vorlag, wurden freigesprochen.

Die lange reihe der juristischen und polizeilichen "unregelmäßigkeiten", die zum alltag der klassenjustiz gehören, ist bei George Davis besonders frappant. Ganz und gar nicht alltäglich ist jedoch die art und weise, in der die freunde von George Davis sich gegen diese von der polizei zurechtgeschusterten schuldspruch zur wehr setzen. nach fünf vergeblichen besuchen von George`s frau Rosie bei der beschwerdeabteilung von scotland yard, fuhr Peter Chappell, ein freund George`s, der mit ihm zu der tatzeit leibhaftig zusammen war und dessen aussagen vor gericht kein glauben geschenkt wurde, mit seinem kombiwagen reihum in die pforten von vier großen tageszeitungen und blieb danach krachend in dem großen tor zum königlichen buckingham-palast stehen, um auf George Davis aufmerksam zu machen. Er wurde zu sechs monaten auf bewährung verurteilt, sein führerschein einbehalten. Im august fuhr Chappell nach paris, legte seinen paß auf den tisch der britischen botschaft und warf ruhig und besonnen einen wackeren pflasterstein durch das vordere fenster. Darauf erklärte er seine aktion und verlangte festgenommen zu werden. Die verdatterten botschaftsleute schickten ihn jedoch wieder fort. Chappell legte sich dann einfach flach auf die straße vor der botschaft und wurde prompt von französischen gendarmen eine stunde lang festgehalten. Zweimal noch wiederholte er das, dann empfing ihn, reichlich verunsichert, der botschafter und ließ ihn anschließend psychiatrisch untersuchen - mit dem prädikat "vollkommen gesund" wurde er zurück nach england gebracht.

Ein ander mal fuhr Chappell mit dem fahrrad zu der für George Davis zuständigen polizeiabteilung und warf zwei steine in die fenster. Nichts passierte. Dann nahm er sein fahrrad und knallte es dem wachhabenden cop auf den schreibtisch. Jener glaubte es mit einem taubstummen zu tun zu haben und vernahm Chappell schriftlich. Schließlich erkannte ihn ein anderer polizist und verhängt 350 mark bußgeld.

Zu weihnachten drehte er sämtliche sicherungen für den festlich erleuchteten trafalgar square raus. Als er dem nächsten cop erklärte, das und warum er es gemacht habe, verwies ihn dieser an den kollegen am anderen ende des platzes - mit der begründung, er, der cop, wolle keinen ärger und morgen hätte er frei. beim zweiten wurden ihm 200 mark geldstrafe verhängt.

Im märz 75 wurde eine große pressekonferenz abgehalten, die einige resonanz hatte. Im april demonstrierten einige 100 leute für die freilassung von George Davis; eine petition an premier Wilson wurde von 3500 leuten unterschrieben.

Im april blockierten eine kette von zehn frauen eine halbe stunde lang den verkehr in der zeitungsstraße fleetstreet, andere verkehrsblockaden folgten, teilweise mit strafen gegen die beteiligten.

Am 1.mai wehte sieben stunden lang ein transparent für George Davis von der ehrwürdigen st.pauls-kathedrale herunter. Am tag darauf fand abermals ein protestmarsch statt.

Die verwirrung über die unberechenbaren George Davis-aktionen wich bald schärferer repression: parolen-sprüher wurden verfolgt, Peter Chappell im juni wegen plakate-klebens verhaftet und ins gefängnis gesteckt. Er begann sofort einen hungerstreik - vor der privatwohnung des innenministers Jenkins wurden während der zeit nachtwachen gehalten - bis er zwei wochen später wieder freikam.

Ende august war ganz england gespannt auf ein kricketmatch gegen australien - aber den freunden von George Davis gelang es, den bewachten platz unbespielbar zu machen und mit parolen vollzusprühen. Das spiel fiel aus, die presse rotierte. Diese aktion brachte der kampagne die bisher größte öffentlichkeit. Fast alle großen zeitungen berichteten ausführlich, auch über die hintergründe des protests.

Für die tatsache, daß die George Davis-aktion ganz und gar nicht in das schema der politisch intellektuellen "freiheit für genossen xy" kampagnen passen, daß hier freunde und bekannte von George Davis selbständig aktiv wurden und sich exponierten, weiß die bürgerliche presse allerdings nur eine romantisierende interpretation eines ihr unheimlichen proletarischen east-endmilieus anzugeben.

Die behörden standen bei der verfolgung der Davis-freunde in ungenauigkeit und brutalität dem kesseltreiben auf George Davis selbst in nichts nach. Vier leute sitzen deswegen heute noch in u-haft. Die kampagne für die neuaufnahme des verfahrens und sofortige freilassung von George Davis geht indes weiter.

(material aus: up against the law, london)

BELFAST/LONDON (ANS/ID) — WANN PUTSCHEN DIE PROTESTANTEN?
30. September

Die verhandlungen über eine neue verfassung in nordirland sind nun im endstadium, ohne daß sich ein ergebnis absehen läßt. Auf der einen seite wird dabei die repression der briten auf republikanische gebiete verschärft, auf der anderen seite bereiten die protestantisch-loyalistischen milizen teilsheimlich, teils offen einen putsch vor, da sie ihre privilegien durch die briten nicht genügend geschützt sehen. Jeden mittwoch treffen sich sechs führende protestanten von dem "ulster army council", einer art obersten heeresleitung der verschiedenen loyalistischen armeen, im hauptquartier von William Craigs protestantischer Vanguard partei. Sie arbeiten detaillierte pläne für eine machtübernahme aus, seit der allgemein erwartete zusammenbruch der konstituierenden versammlung nurmehr eine frage der zeit ist.

Es besteht die akute gefahr, daß das vielzitierte blutbad, für den fall des abzugs der britischen truppen immer wieder angekündigt, in dieser situation wirklichkeit wird.

Die "Ulster Army Council" hat die größte bewaffnete truppe in nordirland unter sich: 20 000 vollausgerüstete leute. Dazu gehören die 8000 mann des "Ulster Defence Regiment", 6000 von der "Royal Ulster Constabulary", sowie die vielen kleinen mordtruppen wie "Ulster Freedom Fighters", "Vanguard Service Corps", "Protestant Action Force" und andere.

Gegen diese aktuellen protestantischen kriegsvorbereitungen organisieren die katholischen ghettos verteidigungsmaßnahmen. Für den fall einer langen belagerung werden lebensmittel und treibstofflager angelegt und notgeneratoren zur stromerzeugung gebaut. Die IRA hat die bewachung der katholischen viertel verstärkt.

(ANS, Alternative News Service, London)

BRÜSSEL/LONDON
3o. September

NICHT STREIKEN - DAS BESTE MITTEL GEGEN KKW STÖRFÄLLE

Der liberale englische "Guardian" brachte eine meldung, die in deutschen zeitungen nicht zu finden war: Ein 435 megawatt kernreaktor in dem belgischen städtchen Huy, gebaut von einem französisch-belgischen konsortium unter Westinghouse, hat ein riesiges fischsterben in dem fluß Meuse ausgelöst.

Mit dem KKW wurden den bürgern von Huy große versprechungen über neue industrien, arbeitsplätze und billige energie gemacht. Stattdessen bescherte der reaktor eine irreparable wasserverschmutzung, dröhnende vibrationen, überall dampfwolken und tote fische. Das großangepriesene versuchsgewächshaus hat nichts als ein paar tomaten und erdbeeren hervorgebracht.

während des heißen sommers reichte das wasser aus der Meuse für das kühlsystem nicht mehr aus - die flußtemperatur stieg auf 27 C°, bei 30 C° stirbt ein fluß. Das sehr kostspielige alternative luftkühlsystem mußte eingesetzt werden. Allerdings funktionierte es nicht richtig. Die 35 db obere geräuschgrenze, die der bevölkerung versprochen wurde, wurde mit 50 db unerträglich hoch überschritten. Hinzu kamen riesige wolken, die auf die häuser von Huy niederregneten. Ende spetember wurde beschlossen, das kühlsystem zu reinigen und die filter auszuwechseln. Dabei wurde aber vielzuviel chlorin verwendet, das in den fluß geleitet wurde und endlich die letzten fische tötete.

Die belgische firma Intercom, die den reaktor betreibt, entschuldigte sich und versprach,die fische zu ersetzen (?). In ihrer stellungnahme konnten sie es sich nicht verkneifen, den schwarzen peter woanders hinzuschieben: die belgischen binnenschiffer, sagten sie, die nun schon seit sechs wochen streiken, hätten durch ihren ausstand die normale, gesunde flußgeschwindigkeit verändert, was dann logischerweise den abfluß der gifte verhindert hätte!

BRÜSSEL (ID/WRI)
September 1975

KKW PROTESTE IN SPANIEN

Der vorsitzende der spanischen gesellschaft für umweltplanung, Carlos Carrasco Munoz, wurde am 14. Juni in Leon verhaftet, wo er an einer anti-kkw-konferenz teilnehmen wollte. Die konferenz war von 44 bürgermeistern aus der umgebung von Valencia de Don Juan einberufen worden, wo die spanische regierung den bau eines kernkraftwerkes plant. Die genehmigung für die konferenz wurde in letzter minute zurückgezogen.

Am nächsten tag demonstrierten einige hundert kkw-gegner aus der region in Leon gegen die regierungspläne und für die freilassung von Carrasco und förderten den rücktritt des gouverneurs. Auf den hauptstraßen am polizeipräsidium und vor dem gouverneursgebäude wurden die demonstranten von der polizei angegriffen. Zwölf leute wurden verletzt, neun festgenommen.

Carrasco wurde zu einer geldstrafe von 100.000 Pesetas verurteilt und am 17. Juni freigelassen.

PARIS
26. September

"LA JOIE DE LIRE" BESETZT UND BESTREIKT"

Das personal der buchhandlung "La joie de lire" hat einstimmig beschlossen, die räume des buchladens zu besetzen und zu streiken. Der streik wird jeden tag auf der vollversammlung neu beschlossen. Diese entscheidung wurde getroffen, als bekannt wurde, daß die direktion (Claude Nedjar und Bernard Lallement) die entlassung des gesamten personalkollektivs beschlossen hatte.

"Wir weigern uns, diese entlassung zu akzeptieren, denn für uns ist es klar, daß der buchladen weiterbestehen kann und muß. Wir lehnen es ab, daß auf unserem rücken die katastrophale betriebsverwaltung der geschäftsleitung ausgetragen wird."

Die buchhandlung wurde im dezember 1974 von F. Maspero verkauft. F. Maspero hofft, damit seine edition zu retten. Für das personal änderte sich dadurch aber nichts: keine entlassungen und beibehaltung der meisten unserer errungenen rechte. Claude Nedjar und Bernard Lallement hatten uns einen neustrukturierungsplan vorgelegt, der uns allen befriedigend erschien.

Angesichts der tendenz hin zu selbstbedienungsbuchläden (Fnac-Montparnasse) sah dieser plan die beibehaltung eines qualitätsbuchladens vor und einer intensiveren kundenbetreuung. Andererseits sollten maßnahmen gegen diebstähle ergriffen werden. Das personal von "la joie des Lire" hat vergeblich auf die realisierung dieser ziele gewartet. Nicht eine konkrete maßnahme wurde in diesem sinne unternommen.

Während vieler monate ließ die direktion die finanzielle situation des unternehmens sich verschlechtern. Hinter den kulissen hörte man, daß sich die neuen besitzer von F. Maspero hintergangen glaubten und sich gegen ihn stellten und sich weigerten, sich zu ihrem engagement zu bekennen.

Im Juli hat einer der hauptlieferanten, die Edition Seuil, die lieferungen eingestellt. Unruhig über diese situation versuchte das personal vergeblich,eine unterredung mit der direktion zustande zu bekommen.

Nach Seuil stellten die anderen verlage allmählich auch ihre lieferungen ein. Nachdem das personal endlich eine unterredung zustande brachte, vernahm es, daß die letzten zwei wechsel nicht bezahlt worden waren und daß mit den verlagen verhandlungen im gange seien. Wenn die verhandlungen zu keinem guten ende kämen, müsse die direktion die buchhandlung auflösen.

Am 16. September vernehmen wir von herrn Bernard Lallement, daß die verhandlungen gescheitert seien und daß die sofortige entlassung des gesamten personals bevorstehe. Im verlaufe des tages erfuhr man, daß die besitzer sich über die art der liquidation nicht einig seien, daß aber auf jeden fall das personal entlassen werde.

Wir weisen diese entlassungen zurück. Wir wollen unseren arbeitsplatz behalten und die existenz der buchhandlung retten. Wir appellieren an alle , die unsere ziele teilen, eine solidaritätserklärung abzugeben. Schreibt an: "La joie de lire", Paris, 19 rue Saint Severin 5te arr. Spendet geld in unseren solidaritätsfond. Das personal von "La joie de lire".

SANTIAGO(ID)
September

DREI UP-MINISTER FREIGELASSEN

Chiles militärjunta gab aufgrund des druckes der internationalen solidaritätsbewegung die haftentlassung von drei UP-ministern und mehreren hohen beamten der Allende-regierung bekannt. Laut einer junta-erklärung wurden die minister Carlos Matus, Pedro Felipe Ramirez und Orlando Cantuarias aus dem gefängnis entlassen. Die drei minister befanden sich seit dem blutigen militärputsch am 11. September 1973 ohne gerichtsurteil in haft.

ERKLÄRUNGEN

STAMMHEIM

ZUM ANSCHLAG IM HAMBURGER HAUPTBAHNHOF

Gegen den versuch der staatlichen propaganda, den anschlag im Hamburger Hauptbahnhof in die nähe der RAF zu rücken, stellen wir fest:

Die sprache dieser explosion ist die sprache der reaktion. Sie is rational nur als aktion der psychologischen kriegsführung des staatsschutzes gegen die stadtguerilla. Die methode und das ziel dieses verbrechens gegen das volk weisen es als faschistische provokation aus.

Die politisch-militärische aktion der stadtguerilla richtet sich nie gegen das volk. Die RAF greift den imperialistischen apparat, seine militärischen, politischen, ökonomischen und kulturellen institutionen, seine funktionäre in den repressiven und ideologischen staatsapparaten gezielt an.

In der entwicklung ihrer plitisch -militärischen offensive aus den klassenkämpfen innerhalb der metropole kann terrorismus keine taktik der stadtguerilla sein. stadtguerilla operiert in dem riß zwischen staat und massen, um ihn zu vertiefen, um politisierung, revolutionäre solidarität und organisation von proletarischer macht gegen den staat zu entwickeln.

Dagegen ist die nachrichtendienstlich gesteuerte provokation durch terror gegen das volk darauf aus, durch die erzeugung von angst und diffusion im volk identifikation mit dem staat zu erzwingen. Auf dem hessenforum hat der präsident des OLG Braunschweig die countertaktik des staatschutzes ausgesprochen - wörtlich: man müsse "beim gefühl der unsicherheit des bürgers ansetzen" und "vom subjektiven gefühl der angst ausgehen".

Inzwischen hat ein bericht in der FR bestätigt (2o.9.), daß die counterprojekte des staatsschutzes seit 72 - bombendrohung gegen Stuttgart, drohung mit trinkwasserverseuchung, gelbkreuzdiebstahl, SAM-raketen auf fußballstadien, der bombenanschlag im hauptbahnhof Bremen und jetzt Hamburg) - nach dem konzept der CIA-zentrale entwickelt sind. Die FR teilt da nur authentisch mit, was man lange weiß: der giftgaseinsatz in u-bahnschächten und die trinkwasserverseuchung in großstädten sind countertaktiken des special warfare der "psychologischen aktion" imperialistischer nachrichtendienste und counter-guerilla-einheiten.

Im moment ist die frage nicht zu klären, ob der anschlag in Hamburg das verbrechen eines einzelnen war, ob er von der nachrichtendienstlich geführten rechtsradikalen gruppe in Bremen durchgeführt wurde,

ob er vom staatsschutz direkt oder von der seit Stockholm bei der amerikanischen botschaft in Bonn etablierten spezialeinheit des CIA für counterinsurgency initiiert worden ist.

Tatsache ist, daß der staatsschutz sein netz von journalisten, das innerhalb der reaktionären struktur der institutionalisierten öffentlichkeit operiert, benutzt, um die rezeption des anschlags gezielt gegen die stadtguerilla zu steuern. Profilierte figuren in diesem netz, das an die pressestelle des BKA und die pressekonferenz der bundesanwaltschaft angeschlossen ist, sind Krumm in der FR, Busche in der FAZ, Leicht und Kühnert in der SZ und Rieber und Zimmermann, die in mehreren überregionalen zeitungen publizieren. Der artikel von Zimmermann, der einen zusammenhang zwischen dem anschlag, der Bewegung 2. Juni, der RAF und Siegfried Haag behauptet, ist außer in der Springerpresse parallel in acht überregionalen tageszeitungen erschienen.

Wem es angesichts der schwäche der stadtguerilla hier unwahrscheinlich vorkommt, daß die staatliche reaktion jetzt schon zu diesen mitteln greift, der soll sich die strategische bedeutung des moments der instabilität, das stadtguerilla ist, klar machen. - Die BRD ist sowohl im nord-süd- wie im ost-west-konflikt zentrale operationsbasis des US-imperialismus: militärisch in der NATO, ökonomisch in der EG, politisch und ideologisch über die führungsfunktion der Sozialdemokratie innerhalb der Sozialistischen Internationale.

Der versuch einer reaktionären massenmobilisierung durch den staat, der mit nachrichtendienstlich projektierten provokationen operiert, reagiert nicht auf die stadtguerilla, sondern auf die bedingungen ihrer strategie: die ökonomische und politische krise des US-staatensystems.

Er meint die möglichkeit und aktualität revolutionärer politik und er ist als falle und funktion der psychologischen kriegsführung gegen j e d e demokratische opposition gerichtet, um sie zu spalten, zu isolieren, einzukreisen und schließlich zu vernichten.

Marx sagt: "Der revolutionäre fortschritt bricht sich bahn i n der erzeugung einer geschlossenen, mächtigen konterrevolution, in der erzeugung eines gegners, durch dessen bekämpfung erst die umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären partei heranreift."

Die stadtguerilla zeigt den weg, wie der staatliche terrorismus allein zu bekämpfen ist: durch bewaffnete proletarische politik.

Die gefangenen aus der RAF
Stammheim, den 23.9.75

MÜNCHEN Am 14.9.75 wurde folgende erklärung ins schließfach 2oo5 im Hauptbahnhof München gelegt. Süddeutsche Zeitung, Bay. Rundfunk und polizei wurden telefonisch von dieser "bombe" informiert.

KEINE BOMBE IM MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF!

Enttäuscht, herr Schreiber? Enttäuscht, daß nicht schon wieder ein "blutbad" den "anarchistischen gewalttätern" in die schuhe geschoben werden kann? Wie in Birmingham, wie in Mailand, wie zuletzt bei uns, in Bremen im Dezember 74 und gestern in Hamburg?

Dabei ist doch gerade euch bullen klar und euch, die ihr in den zeitungs- und rundfunk-redaktionen sitzt:

Alle aussagen und alle praxis der guerilla zeigen, daß ihre aktionen angriffe sind auf die herrschenden, daß ihre aktionen widerstand sind gegen das system der unterdrückung.

- Die bullen haben im juni 72 versucht, Stuttgart mit bombendrohungen in panik zu versetzen. Sie haben die weltmeisterschaft benutzt, um tausenden mit den angeblich von der guerilla geplanten raketenangriffen auf die fußballstadien zu drohen. Sie haben den plan der trinkwasserverseuchung in Baden-Württemberg für ihre einschüchterungstaktik in die welt gesetzt. In Bremen im Dez. 74 und gestern in Hamburg haben die provokateure ernst gemacht: sprengkörper wurden inmitten von menschenansammlungen gezündet: ohne einen gedanken an gesundheit und leben der bevölkerung zu verschwenden, setzen sie ihre drohungen in die tat um, um mit allen mitteln die hetze gegen die linksradikale bewegung und gegen die guerilla zu verstärken.

- Die guerilla hat die US-armee, die sich im krieg gegen das vietnamesische volk befand, auch in Deutschland angegriffen. Die guerilla hat bomben gegen das Bundesverfassungsgericht, gegen kapitalistenverbände, gegen die feinde des chilenischen und des palästinensisches volkes eingesetzt. Sie hat CDU-chef Lorenz entführt, um politische gefangene zu befreien. Sie kämpft mit gegen die teuerung und verstärkte auspressung der bevölkerung, wie z.B. in den Berliner fahrpreisaktionen.

Wir verlangen von presse, rundfunk und fernsehen, daß sie dies bringen!

Wir stadtguerilla-gruppen
- Rote Armee-Fraktion (RAF)
- Bewegung 2. Juni
- Revolutionäre Zelle

und andere mehr kämpfen gerade gegen diejenigen, die für die anschläge von Bremen und Hamburg verantwortlich sind, sie vorbereiten und durchführen. Die wahl des zieles hat die täter verraten!

Die erklärung der gefangenen aus der RAF zum anschlag in Bremen wurde unterdrückt - und auch jetzt melden die medien wieder, wie die staatsschutzbullen es wollen, daß die bombenleger "in anarchistischen kreisen" zu suchen sind. Eine "Aktion Ralf Reinders/Rote Armee" gibt es nicht, eher wohl ein "Kommando Siegfried Buback"!

Wenn presse und rundfunk sich die staatliche hetz wieder zu eigen machen, werden wir neue mittel anwenden, um die verbreitung unserer erklärungen zu erzwingen.

14. Sept. 75 REVOLUTIONÄRE ZELLE

HAMBURG Am 13.9. explodierte im Hamburger HBF eine bombe, angeblich vom "Kommando Ralf Reinders".

Gegen diesen terrorakt des staatsschutzes liefen in Hamburg verschiedene aktivitäten, flugblätter, aufkleber etc. U.a. sind in der innenstadt (vor allem in bahnhofsnähe) parolen aufgetaucht: "HBF-bombe = bullenterror gegen guerilla und volk".

Dabei konnten wir folgendes beobachten:

Sofort nach entdeckung der parolen durch die bullen wurden diese von ihnen mit großen papierfahnen überklebt, um dann am nächsten tag endgültig übermalt zu werden.

Dasselbe geschah eine woche vorher an anderer stelle (BAB) mit folgenden parolen: "Stuttgart Stammheim = betonfaschismus" und "gegen fairen prozeß - für gefangenenbefreiung".

Soweit wir beobachten konnten, wurde bisher nur bei diesen parolen so verfahren, während die parolen der verschiedenen organisationen ("kampf den politischen entlassungen - KPD") nicht betroffen sind.

Das sofortige unkenntlichmachen bestimmter parolen zeigt u.E. folgendes:

1. Die parolen waren inhaltlich richtig und verständlich.
2. Die parolen standen an der richtigen stelle.

Es zeigt aber auch unsere schwäche, daß diese jetzt nicht einmal mehr einen tag lang zu sehen sind. ziehen wir eine richtige konsequenz!

Hamburger Genossen

FRANKFURT MITGLIEDER DES GEFANGENENRATES FESTGENOMMEN

Am 22. und 23.9.75 wurden 5 angehörige des Gefangenenrats Frankfurt in einer überfallartigen polizeiaktion verhaftet. sie wurden über einen polizeiinformanten zu einem treffpunkt gelotst, der bereits von polizisten umstellt war. Nach vorführung beim haftrichter mußten alle wieder entlassen werden.

Dies war ein neuer schlag der Politischen Polizei gegen den Gefangenenrat Frankfurt, dessen arbeit schon von anfang an versucht wurde zu sabotieren: mit bezahlten provokateuren, mit erpreßten denunzianten, mit abhörvorrichtungen im büro und in den wohnungen sowie in telefonen, mit massiven einschüchterungsversuchen gegen einzelne, mit namenslisten und anweisungen an die gefängniskommanden zum zweck der verhinderung aller kontakte, mit hausdurchsuchungen und verhaftungen. Durch direkte geldangebote und provokateure wurde versucht, den Gefangenenrat zu spalten, zu chaotisieren und in die illegalität zu treiben.

Zweck der verhaftungen war, den Gefangenenrat anhand der personen aufzulösen - der personen, denen man kriminelle handlungen nachweisen will, nachdem sich angriffe gegen den Gefangenenrat als organisation als erfolglos erwiesen hatten.

Das ziel ist ganz klar: die zerstörung jeder politischen äußerung und organisierung der gefangenen.

DOKUMENTATION

FRANKFURT

WAS SOLLEN DIE BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS-ENTWICKLUNG IM ID LEISTEN ?

Wir wollen mit den beiträgen zur wirtschaftlichen lage arbeitsmaterial für die praktisch-politische auseinandersetzung liefern. Für die diskussionen auf der straße und im betrieb und zum weiterverbreiten in zeitungen, broschüren und flugblättern. Wir gehen davon aus, daß die wirtschaftsnachrichten der bürgerlichen medien diese funktion nicht haben können, daß sie gerade darauf angelegt sind, die wirklichen verhältnisse zu vernebeln. Das betrifft sowohl die inhalte die verbreitet werden, als auch die form, in der das geschieht (trocken-langweilig, unverständlich).

Wir können aber keinen "gegen-wirtschaftsdienst" machen. Dieser anspruch ist nicht erfüllbar. So sind wir nach wie vor auf die zahlen und statistiken aus bürgerlichen quellen angewiesen.

1. Zu wichtigen tagesereignisse, wie z.b. den SPD-plänen zur investitionslenkung, den tarifverhandlungen, zu den gutachten der "fünf weisen" und anderes mehr, werden wir in einer art kritischen konjunkturbericht stellung nehmen. Als ausgangspunkt haben wir die "lage am arbeitsmarkt" genommen und da insbesondere die versuche der "herrschenden meinung", arbeitslose und arbeitende gegeneinander auszuspielen, um den schon laufenden reallohnabbau weiter verschärfen zu können.

2. In den diskussionen über löhne, preise, arbeitslosigkeit, profite etc. nehmen bestimmte zahlen, die meist über presse, rundfunk und fernsehen verbreitet werden, eine wichtige stellung ein. (z.b. daten zum wachstum des bruttosozialprodukts, die inflationsrate, der rückgang der investitionen etc.) Mit diesen zahlen wird in der "öffentlichkeit" meist gezielt manipuliert, was damit anfängt, daß der größte teil der bevölkerung über das zustandekommen und den stellenwert im unklaren gelassen wird, und damit endet, daß der eindruck erweckt wird, ein zweifel an den zahlen sei unmöglich.

Wir zweifeln! Mit unseren begrenzten möglichkeiten können wir immerhin versuchen, zahlen zu überprüfen, offensichtlich-demagogische manipulationen aufzuzeigen und den ganzen zusammenhang in ein anderes licht zu rücken.

Wir werden die statistiken so gut es geht erläutern, was ihr zustandekommen und ihre aussagemöglichkeit betrifft. Das heißt auch, wenn begriffe auftauchen, die in der diskussion notwendig sind - wie z.b. bei dem streik der Erwitter zementarbeiter der begriff: Strukturkrisen-Kartell.

Wir wollen erreichen, daß die ID-leser ihre bedürfnisse selbst formulieren und damit bestimmen, was wichtig ist. Nur, wenn diese rückkopplung gelingt, kann die absicht, die ID-nachrichten nützlich für die praktische arbeit zu machen, einigermaßen erfüllt werden.

DIE LEGENDE VON DEN REICHEN ARBEITSLOSEN ODER: ÜBER EINE MILLION SCHMAROTZER UND DRÜCKEBERGER IN DER BRD ?

zusätzlich zu dem angriff auf das lebensniveau von arbeitern und angestellten in form von kürzungen übertariflicher leistungen, abbau der sozialen sicherungen, geplanten erhöhungen von indirekten steuern (tabak und branntweinsteuer zum 1.1.1976 und mehrwertsteuer zum 1.1.1977) erhöhung der beiträge zur arbeitslosenversicherung auf 3%, die den lohnabhängigen fast 2 mrd. DM zusätzlich aus der tasche ziehen wird, usw, verteilen die bürgerlichen massenmedien und die arbeitgeberseite immer häufiger auch hiebe gegen die wohl von der krise am härtesten betroffenen: die über eine million arbeitslosen. Das ziel ist klar: Die arbeitslosen und die arbeitenden gegeneinander auszuspielen.

Dabei lassen sich zwei tendenzen unterscheiden: Zum einen wird versucht, die härte der sozialen lage von arbeitslosen dadurch herunterzuspielen, daß auf das angeblich so gut funktionierende system der sozialen sicherung, in diesem fall die arbeitslosenversicherung, verwiesen und die materielle situation von arbeitslosen derart rosig dargestellt wird, daß eigentlich unverständlich bleibt, weshalb sich arbeitslose noch um arbeitsplätze bemühen. "Der einkommensausfall (meint das handelsblatt am 30.6.75) ist das problem nicht". Klares beispiel für diese versuche ist der bericht über den angeblich durch arbeitslose ausgelösten tourismus boom in diesem sommer: "geld hamma und zeit hamma auch" sagen sich die vom überstundenstreß befreiten leute..." - Spiegel, 28/75 s.29
Zum anderen gibt es versuche, den arbeitslosen die schuld am verlust ihres arbeitsplatzes in die schuhe zu schieben oder sie doch für die länge ihrer arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Gründe für die arbeitslosigkeit, "die in der person des arbeitnehmers liegen und nicht nur in der fatalität der arbeitsmarktentwicklung" (handelsblatt-30.6.75) sind dann angeblich mangelnde mobilität und flexibilität (Weigerung, größere entfernungen zum arbeitsplatz oder einen berufswechsel in kauf zu nehmen). Dieser angriff gipfelt in dem vorwurf von arbeitsscheuheit und drückebergerei.

Zur lage der arbeitslosen
-Wieviele arbeitslose erhalten arbeitslosenunterstützung?
zuallererst ist darauf hinzuweisen, daß überhaupt nicht alle arbeitslosen in den "genuß" von arbeitslosengeld oder arbeitslosenhilfe kommen. Rund ein drittel geht nämlich leer aus, wie die folgenden zahlen zeigen.

	arbeitslose	bezieher von arbeitslosengeld bzw. arbeitslosenhilfe
juni 75	1.002.000	683.000
juli 75	1.035.000	671.700

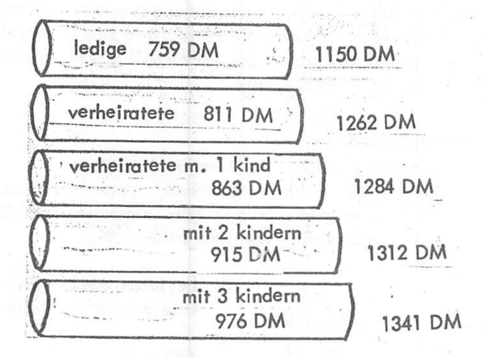
Im juni bezogen also 68,2%, im juli 64,8% der arbeitslosen arbeitslosenunterstützung. das liegt nach angaben der bundesanstalt für arbeit daran, daß nicht alle arbeitslosen einen antrag stellen (z.b. umschüler) oder bestimmte voraussetzungen (z.b. beiträge geleistet zu haben) nicht erfüllen.

Was in dieser aufzählung von gründen meist verschwiegen wird, ist, daß die arbeitsämter auch immer häufiger das arbeitslosengeld sperren, wenn in ihren augen die arbeitslosigkeit "grob fahrlässig oder vorsätzlich selbst herbeigeführt" wurde oder wegen ablehnung einer "zumutbaren" arbeit. Dazu später mehr.
Also: rund 2/3 aller arbeitslosen beziehen arbeitslosengeld oder arbeitslosenhilfe. Das heißt, daß der rest auf andere unterstützung oder die sozialführsorge angewiesen ist.

-Wie hoch ist die arbeitslosenunterstützung?
Ein wichtiges kriterium für die materielle lage der arbeitslosen ist, daß das arbeitslosengeld maximal 68% des letzten nettolohns (inclusive überstundenentschädigung und übertarifliche leistungen) ausmacht, der bezug von arbeitslosengeld das einkommen also um rund ein drittel reduziert. Der höchstbetrag beträgt 1975 bei unverheirateten 272,40 DM, bei verheirateten 319,80 DM pro woche.

WIEVIEL GELD FÜR ARBEITSLOSE ?

Bei einem bruttomonatsverdienst von 1800 DM erhalten arbeitslosengeld monatlich



quelle Handelsblatt 30.6.75

-...und dann nur noch arbeitslosenhilfe!

Nun erlischt aber der anspruch auf arbeitslosengeld nach höchstens einem jahr arbeitslosigkeit. Danach erhält ein arbeitsloser nur noch die sogenannte anschluß-arbeitslosenhilfe, die mit maximal 58% des letzten nettolohns noch niedriger als das arbeitslosengeld liegt und oftmals den sozialfürsorgesatz unterschreitet. So würde nach den angaben in der obenstehenden grafik ein verheirateter mit 2 kindern nach einem jahr arbeitslosigkeit nur noch 661 DM arbeitslosenhilfe erhalten.

Die vergabe von arbeitslosenhilfe ist außerdem an eine bedürftigkeitsprüfung gebunden, die das "vermögen" des arbeitslosen sowie die einkommen von familienmitgliedern umfasst.

Es hat sich gezeigt, daß mit fortdauer der krise sich die arbeitlsosigkeit verlängert und daher eine wachsende zahl von arbeitslosen nur noch die niedrigere arbeitslosenhilfe bezieht. Allein wegen der zunahme der durchschnittlichen dauer der arbeitslosigkeit hat sich die zahl der bezieher von anschluß-arbeitslosenhilfe von mai 74 bis mai 75 um 55.000 auf 83.000 erhöht und damit fast verdreifacht. (vergl. amtlich nachrichten der bundesanstalt für arbeit, 7/75, s.640) Der durchschnittsbetrag der anschluß-arbeitslosenhilfe lag im mai 75 bei 695 DM, das durchschnittliche arbeitslosengeld bei 919 DM.

Schon dieser erste grobe überblick über die lage der arbeitslosen zeigt, daß ihre finanzielle situation alles andere als günstig ist. Die individuellen lebensbedingungen der arbeitslosen sind mit diesen allgemeinen angaben eher noch zu rosig dargestellt.

-arbeitslos ist, wer arbeitsscheu ist

Eine bedingung für die vergabe von arbeitslosengeld ist, daß der arbeitslose der arbeitsvermittlung zur verfügung steht. Nach §103 arbeitsförderungsgesetz(afg) muß ein arbeitsloser auf ein vermittlungsangebot des arbeitsamtes hin, jede "zumutbare" beschäftigung aufnehmen, andernfalls wird ihm das arbeitslosengeld für vier wochen gesperrt. Beim zweiten mal wird er ganz von der liste der arbeitslosengeld-bezieher gestrichen. die arbeitsämter haben also ein beträchtliches druckmittel in der hand

Solche vierwöchigen sperrzeiten wegen ablehnung einer "zumutbaren" tätigkeit sind im ersten halbjahr 75 in 16,260 fällen ausgesprochen worden, während im gleichen zeitraum etwa 2 millionen(!) arbeitslose wieder einen arbeitsplatz annahmen(Süddeutsche Zeitung vom 6.8. und 6./7.9.75). Daraus wird schon klar, daß es mit der arbeitsunlust und der drückebergerei nicht weit her sein kann.

In diesen 16.260 drückeberger sehen zu wollen, wäre immer noch falsch. Es mehren sich in der praxis der arbeitsämter die tendenzen, den begriff der "zumutbaren" tätigkeit derart zum nachteil der arbeitslosen auszulegen, daß nicht an den bisherigen effektivverdienst angeknüpft wird, sondern schon bloß tariflohnbezahlte arbeit als "zumutbar" angesehen wird. Da aber tariflohnbezahlung in der regel lohnsenkung bedeutet, ist die ablehnung solcher, in wirklichkeit unzumutbarer beschäftigungen durch die arbeitsuchenden nur zu verständlich. Genau in diese richtung der verschärfung der zumutbarkeitsregelung, geht auch die im rahmen des bonner sparprogramms geplante änderung des arbeitsförderungrungsgesetzes. Danach sollen in zukunft auch solche beschäftigungen als zumutbar gelten, die nicht der bisherigen berufstätigkeit entsprechen, mit ungünstigeren arbeitsbedingungen oder schlechterer bezahlung verbunden sindoder bei denen die künftige arbeitsstelle weiter vom wohnsitz entfernt ist, als die vorherige. Um es noch einmal deutlich zu sagen: bei ablehnung solcher tätigkeiten droht dann die sperrung des arbeitslosengeldes. Schon 1976 sollen mit dieser verschärfung 50 mill. DM an leistungen der bundesanstalt für arbeit eingespart werden. (handelsblatt 25.9.75)

Hinter der immer wieder erhobenen forderung, den t[illegible]lohn anstelle des e[illegible]tivlohns zur bemessungsgrundlage des arbeitslosengeldes zu machen(neue z[illegible]che zeitung 5.9.75 +süddeutsche zeitung 6./7.9.75), steht dasselbe ziel, nämlich arbeitslose zur annahme niedriger bezahlter jobs zu zwingen. Die Süddeutsche Zeitung spricht oben die hoffnung aus, "auf diese weise den anreiz zum nichtstun" verrringern zu können, und erhebt nur noch versicherungsrechtliche bedenken, da ja der beitrag zur arbeitslosenversicherung aus den effektivlöhnen berec net werde und damit auch ein anspruch auf dieser basis entstanden sei.

Diejenigen, die den arbeitslosen drückebergerei und faulheit unterjubeln wollen, verweisen meist noch auf zahlen zu einem umstand, der ebenfalls zur vierwöchigen sperrung des arbeitslosengeldes führt: wenn nämlich der arbeitnehmer das arbeitsverhältnis "ohne wichtigen grund" gelöst, bzw. durch "vertragswidriges verhalten" anlaß zur kündigung durch den arbeitgeber gegeben hat und er dadurch "vorsätzlich oder grob fahrlässig" die arbeitslosigkeit herbeigeführt hat. (§119 afg)

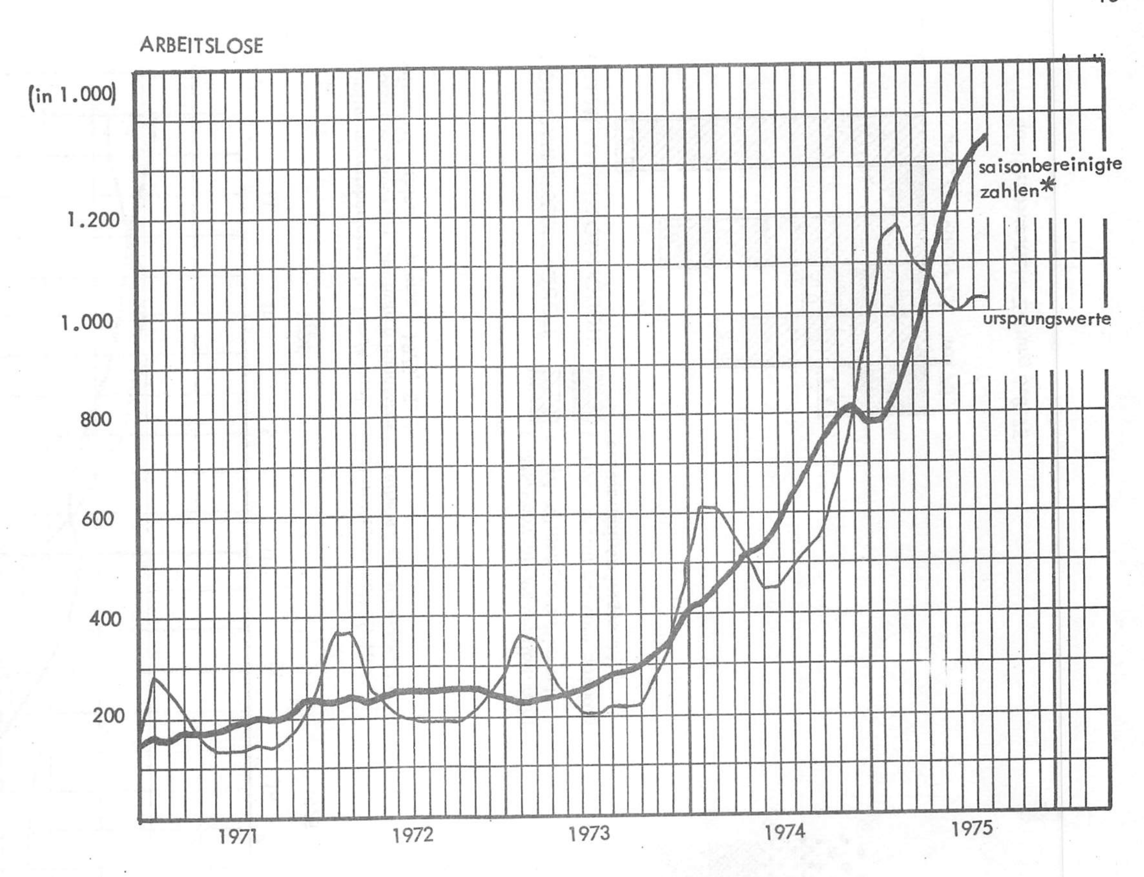
Aus diesem grund wurden im ersten halbjahr 1975 in 90.899 fällen arbeitslosengelder gesperrt. Die hauptursache hierfür dürfte sein, daß unternehmen angesichts der gegenwärtigen arbeitslosigkeit schon aus geringeren anlässen kündigen als bei arbeitskräftemangel. Gefeuerte arbeiter und angestellte können jedenfalls leicht ersetzt werden.

-arbeitsamt übernimmt argumente der arbeitgeber

In diesem zusammenhang ist auch auf eine praxis der arbeitsämter hinzuweisen, die sogar im unternehmerorgan Handelsblatt kritisiert wird(Handelsblatt, 25.9.) Selbst wenn in kündigungsschutzprozessen ein vergleich erzielt wird, was wegen umstrittenheit von kündigungsgründen häufig der fall ist, übernimmt das arbeitsamt die argumentation der arbeitgeberseite, der arbeitnehmer habe durch [illegible]tragswidriges verhalten die kündigung verschuldet und dadurch die arbeitslosigkeit selbst herbeigeführt. Konsequenz: Vierwöchige sperrung des arbeitslosengeldes. Diese praxis hält das Handelsblatt für "ungerechtfertigt" wohl weniger weil es sich um die soziale lage der arbeitslosen sorgt, sondern eher, weil die unternehmerseite "soziale unruhen" infolge dieses verhaltens der arbeitsämter befürchtet.

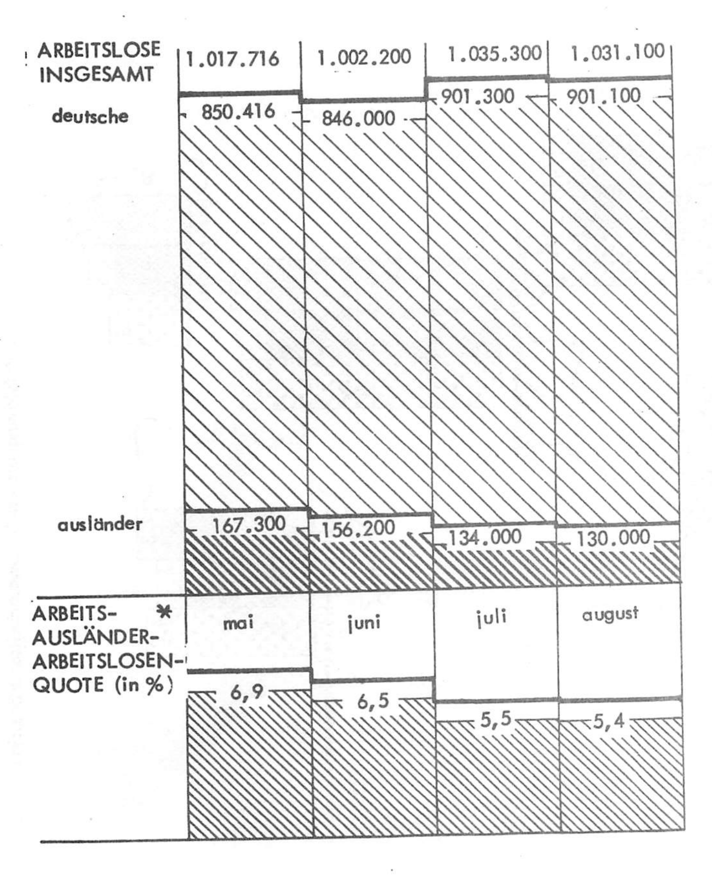
Aus alledem wird klar, daß diese vorwürfe gegen die arbeitslosen propaganda sind. Ziel dieser kampagne ist, das selbstbewußtsein der arbeitslosen zu untergraben. einmal dadurch, daß ihre materielle situation falsch, nämlich zu gut dargestellt wird, bei gleichzeitigem abbau sozialer leistungen.

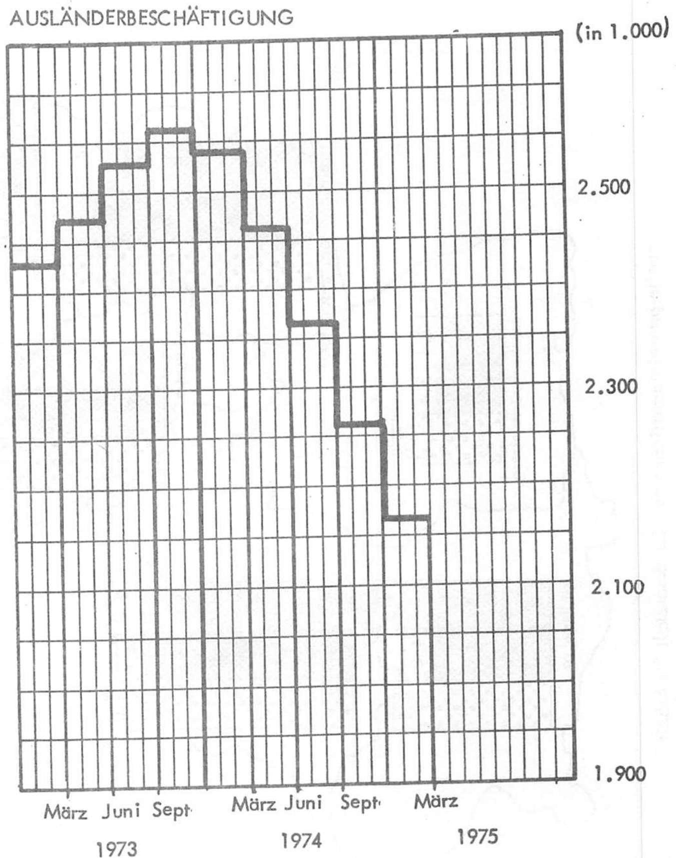
Zweitens soll die arbeitslosigkeit von den betroffenen als individuelle, selbstverschuldete lage erfahren werden. Das vertieft nicht nur die vereinzelung der arbeitslosen sondern verschärft auch die konkurrenz zwischen ihnen und den noch beschäftigten.

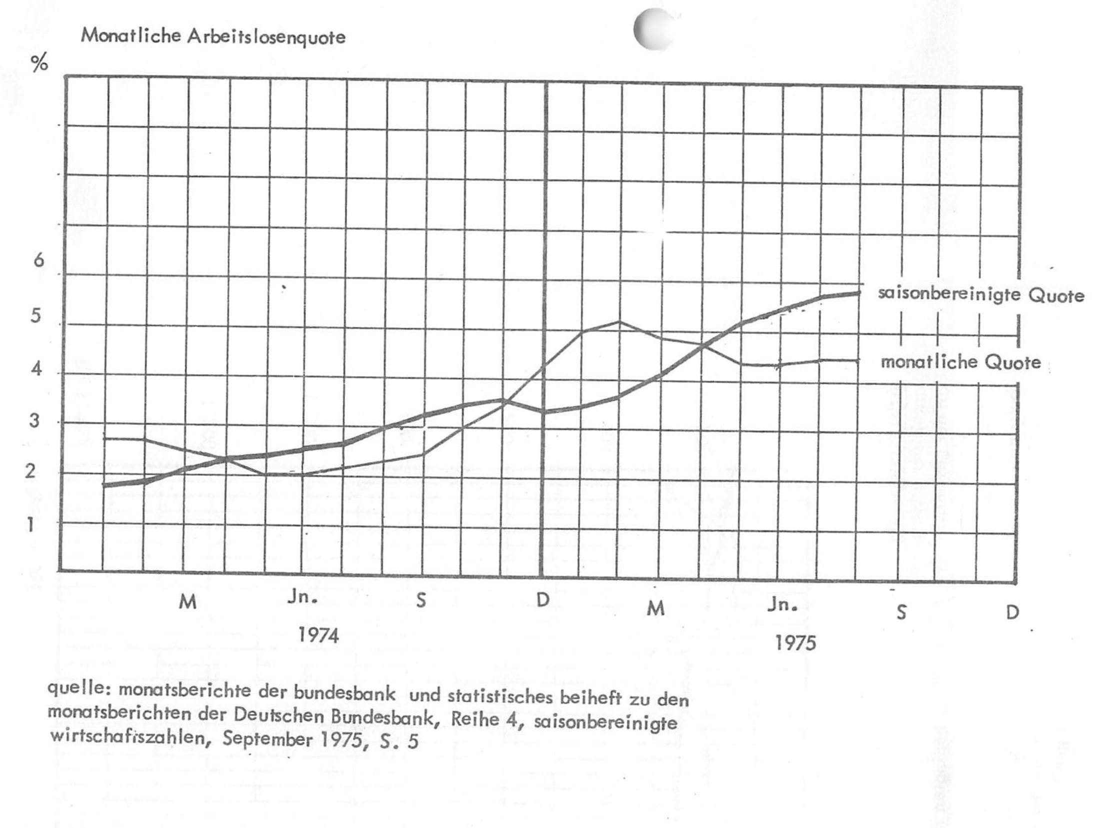


Arbeitslosenquote*
anteil der arbeitslosen an der gesamtzahl der unselbständigen beschäftigten, zuzüglich der arbeitslosen.

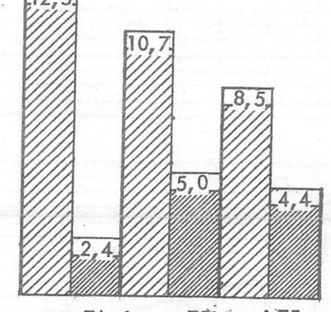
Saisonbereinigung*
ist ein statistisches verfahren, um den einfluß von saisonbedingten faktoren auszuschließen. Mit saisonalem einfluß ist gemeint, daß regelmäßig im winter und frühjahr die arbeitslosigkeit z.b. aufgrund von witterungseinflüssen relativ hoch bzw. im sommer - und herbstmonaten niedrig ist. Schaltet man diese regelmäßigen einflüsse aus, erhält man den langfristigen trend, der die wahre (d.h. hauptsächlich konjunkturell beeinflußte) arbeitslosigkeit darstellt.



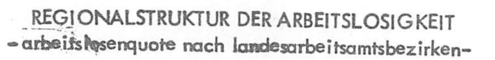


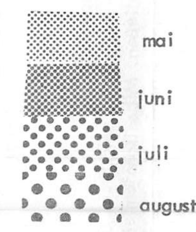


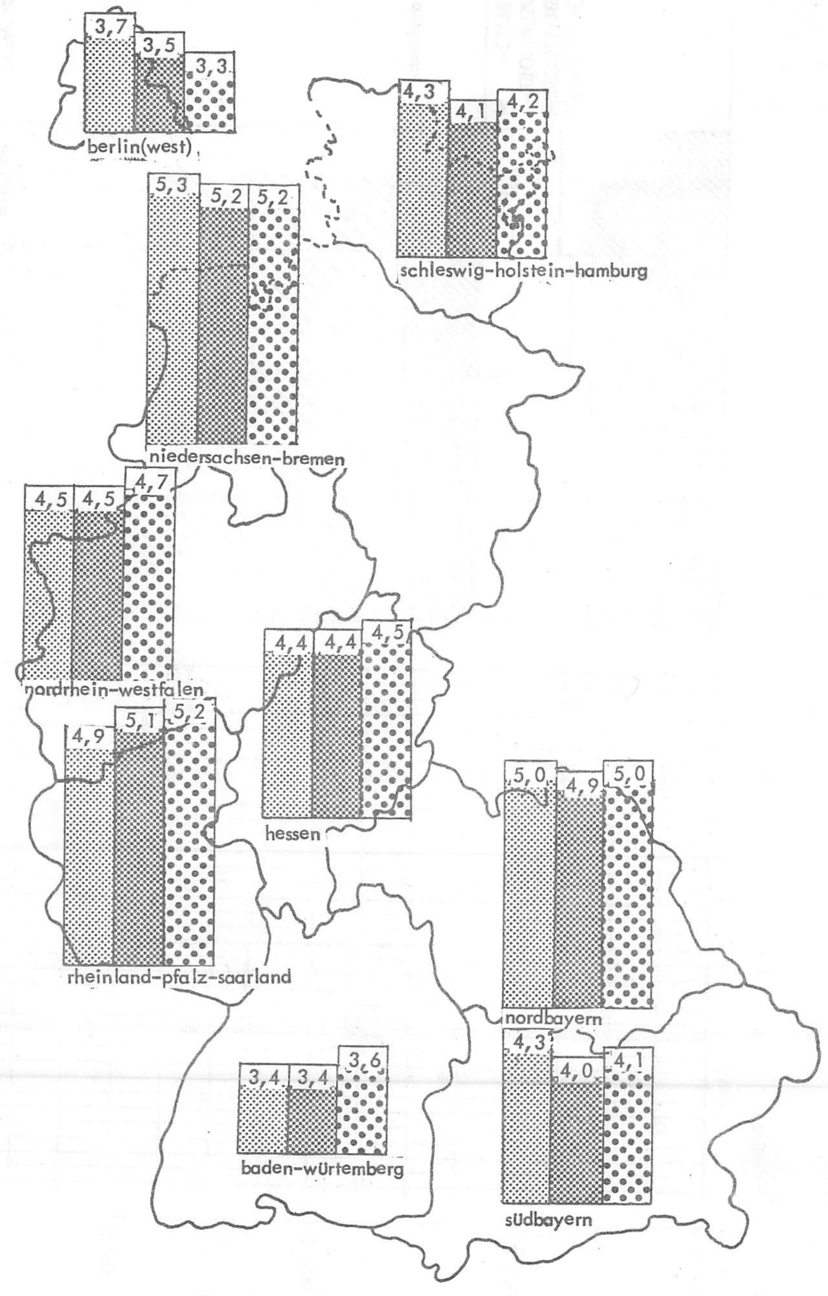
quelle: monatsberichte der bundesbank und statistisches beiheft zu den monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, saisonbereinigte wirtschaftszahlen, September 1975, S. 5



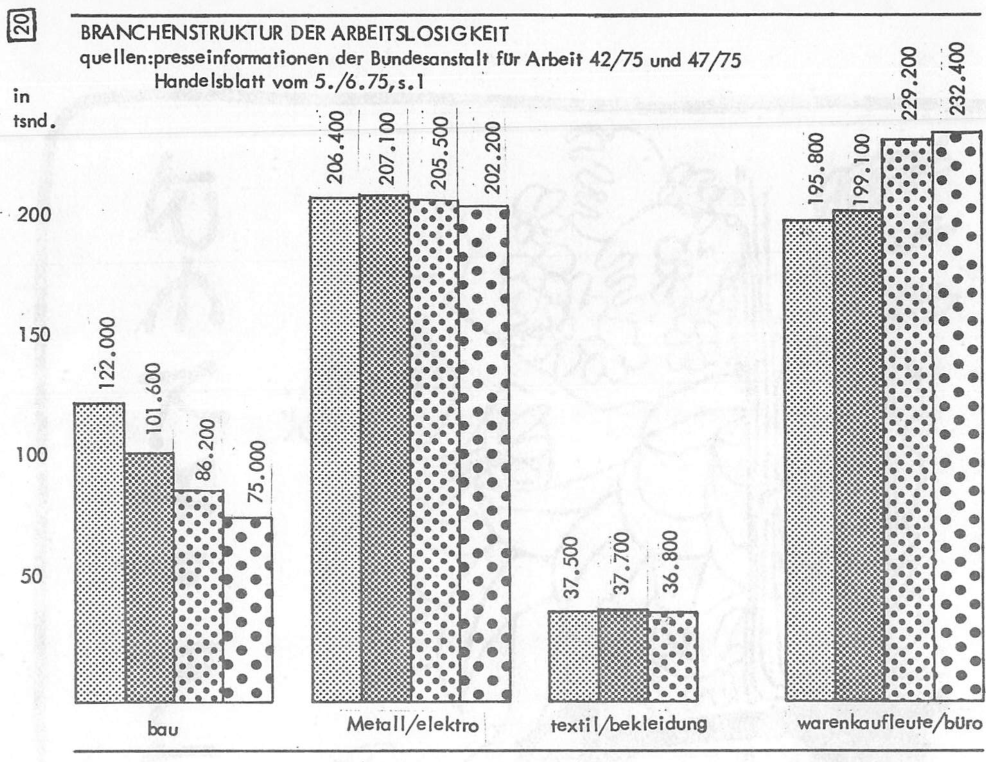
quelle: Süddeutsche Zeitung 6.8.75

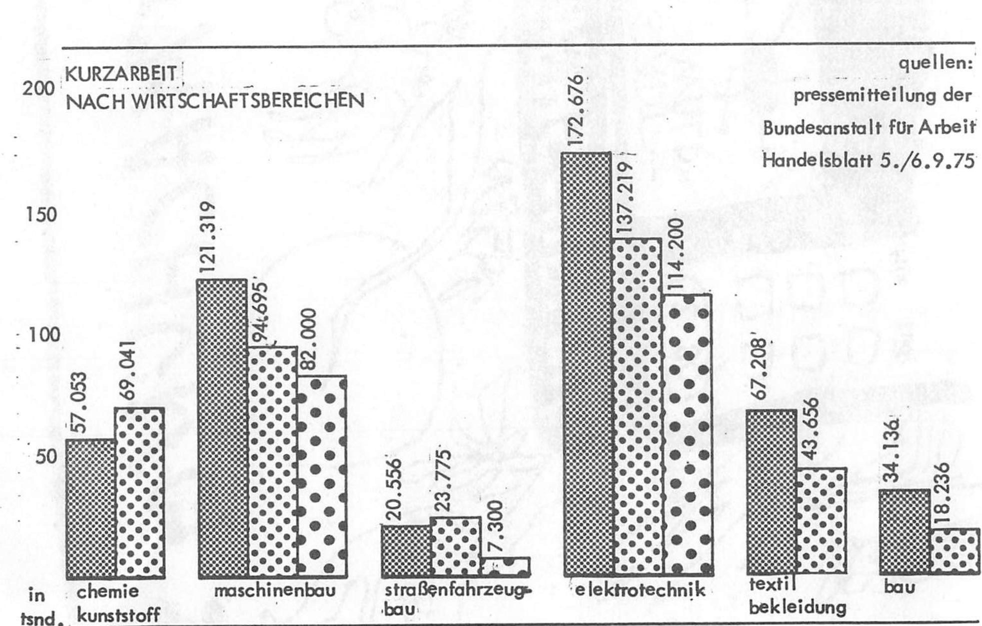






quelle: presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit





KURZARBEIT
MONATLICHE KURZARBEITERZAHLEN

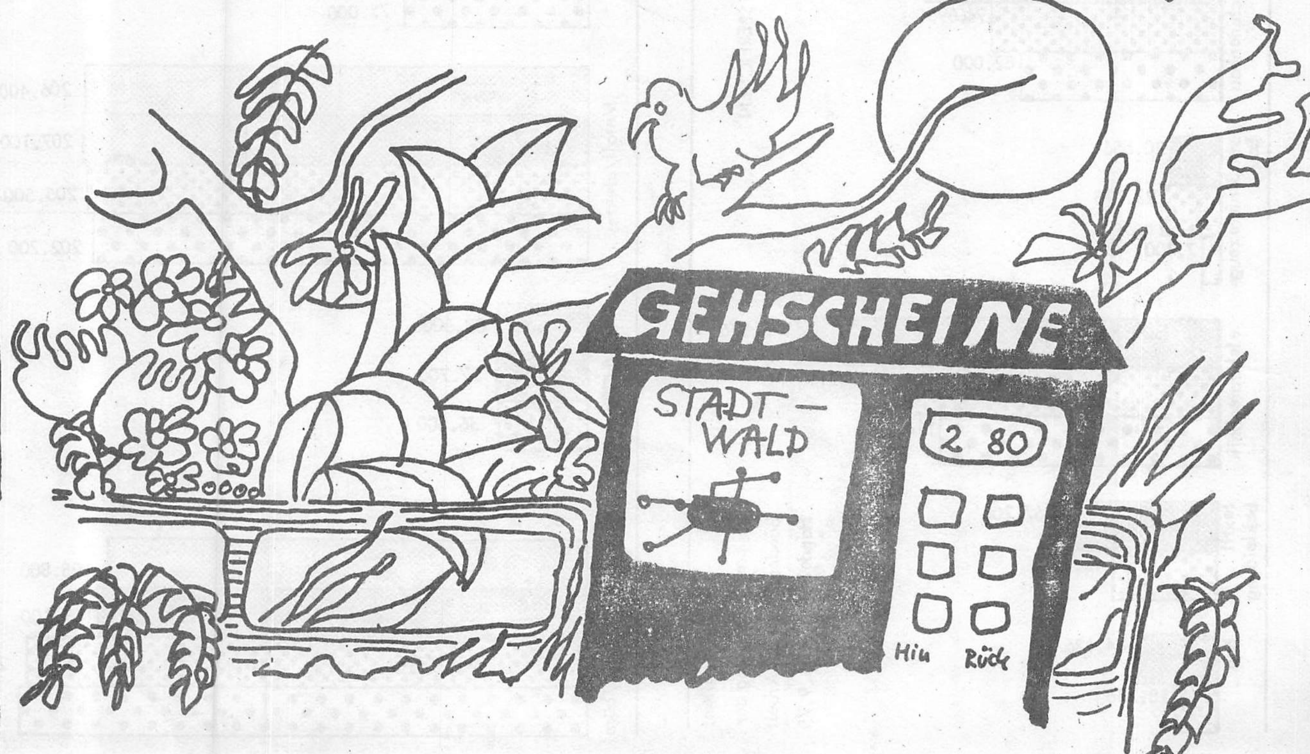
betriebe in 1.000
15
10
5

betriebe
kurzarbeiter

kurzarbeiter in 1.000
1.500
1.000
500
100

1974
1975





AM 1. OKT. 1975 TRITT DIE NEUE BEGEHUNGSORDNUNG FÜR DEN FRAKFURTER STADTWALD IN KRAFT.

IM ZUGE DER ALLGEMEINEN KOSTENSTEIGERUNGEN, SIEHT SICH DIE ÖFFEDLICHE HAND GEZWUNGEN EIN DRITTEL DER ZUR UNTERHALTUNG DES STADTWALDES BENÖTIGTEN KOSTEN IN FORM VON GEHGEBÜREN ZU ERHEBEN.

RUND UM DEN STADTWALD WERDEN GEHSCHEINAUTOMATEN AUFGESTELLT. ÜBER DIE GENAUEN TARIFBESTIMMUNGEN INFORMIERT SIE UNSERE BROSCHÜRE: „GEHEN IM GEHVERBUND"

BITTE HALTEN SIE IMMER AUF IHREN WANDERUNGEN BIS ZUM VERLASSEN DER JEWEILIGEN WALDZONE IHREN GEHAUSWEIS GRIFFBEREIT. GEHAUSWEISKONTROLLEN SIND IN UNSER ALLER INTERESSE. WER SCHWARZGEHT GEHT AUF IHRE KOSTEN!

BUNT FAHREN BRINGT UNS ALLE NOCH WEITER!

— EINTRITT FREI —

TUSTROK - THEATER

FRANKFURTER PLAKAT - SEPTEMBER 75